

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Walter Grab</i> Der Flensburger Jakobiner Georg Conrad Meyer und seine Zeitschrift „Der neue Mensch“	150
<i>Ingeborg Kähler</i> Du sollst dir kein Bild machen	161
<i>Ernst Meyer</i> Probleme und Zukunftschancen der europäischen Minderheiten	172
<i>Kresten Philipsen</i> Mehrheit – Minderheit	177
<i>Nis-Erwin List Petersen</i> Die dritte Identität oder Minderheiten und ihr Verhältnis zum Muttervolk	184
Umschau ab Seite 189	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

Liebe Mitglieder!

Schon im letzten Heft hat der Vorstand darum gebeten, für 1983 die in der Mitgliederversammlung beschlossene Erhöhung des Jahresbeitrages zu beachten. Der Beitrag beträgt jetzt 1,— DM im Monat, also 12,— DM im Jahr. Überweisen Sie uns bitte diese Summe! Oder noch besser: Schicken Sie uns die am Schluß beigefügte Einzugsermächtigung! Dann wird alles von der Geschäftsstelle aus geregelt. Sollte Ihnen der Beitrag gegenüber dem bisherigen sehr hoch erscheinen, bitte ich Sie zu bedenken, daß wir in Zeiten immer knapper werdender öffentlicher Mittel einfach selber größere Anstrengungen machen müssen, um unsere Arbeit aufrechtzuerhalten. Wir geben ja nicht nur unsere Grenzfriedenshefte heraus, bieten Ihnen nicht nur Vortragsabende und Ausflugstage an, sondern helfen auch vielen Familien, vielen Kindern und Jugendlichen in den Schulen und Vereinen in konkreten Notlagen und ermöglichen durch unseren Zuschuß manche kulturell oder politisch wichtige Veranstaltung. Mit Ihren 12,— DM im Jahr tragen Sie dazu bei, daß wir weitermachen können. Herzlichen Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüße

*Ihr Artur Thomsen
Vorsitzender*

Der Flensburger Jakobiner Georg Conrad Meyer und seine Zeitschrift „Der neue Mensch“

Meyers Studentenzeit

Die traditionelle Geschichtsschreibung, die es als Hauptaufgabe ansah, Leben und Leistungen von Königen und Schlachtenlenkern zu verherrlichen, hat die Untersuchung der Ideen und Aktivitäten von revolutionären Demokraten vernachlässigt. Daher sind die deutschen Jakobiner, die im Zeitalter der Französischen Revolution die politische Gleichheit und Freiheit aller Staatsbürger forderten und im Befreiungskampf des Nachbarlandes ein Modell für die eigene Wirksamkeit erblickten, unverdienter Vergessenheit anheimgefallen. Wer jedoch die Vergangenheit nicht aus der Perspektive der wenigen Herrscher, sondern der vielen Beherrschten erblicken will, wird in den längstentschwundenen Streibern um eine demokratische Lebensordnung die Vorläufer und politischen Visionäre unserer eigenen Zeit erkennen, wobei sich neue, bisher unbekannte Traditionshorizonte eröffnen.

Georg Conrad Meyer wurde am 1. April 1774 in Flensburg als Sohn eines Zollschreibers geboren. Sein Vater hatte eine zahlreiche Familie zu ernähren, so daß der junge Meyer in engen sozialen Verhältnissen aufwuchs.

Im Oktober 1792 begann Meyer an der Kieler Universität das Studium der Rechtswissenschaften. Dem Lehrkörper dieser Hochschule gehörten damals einige Professoren an, die sich für die Freiheitsideale der Französischen Revolution begeisterten. Unter ihnen befand sich der ehemalige Göttinger Hainbündler Carl Friedrich Cramer, der Orientalistik lehrte. Wahrscheinlich ist Meyers radikale Gesinnung auf Beeinflussung seitens Cramers zurückzuführen. Cramer, ein enger Freund und glühender Verehrer des Altmeisters der deutschen Literatur, Klopstock, war als „Erzdemokrat“ beim konservativen und einflußreichen „Emkendorfer Kreis“, dem die holsteinischen Adelsfamilien Reventlow und Stolberg angehörten, verhaßt. Als Cramer wegen seiner Absicht, eine Übersetzung der Werke des französischen Girondisten Jerome Pétion zu veröffentlichen, auf Betreiben des Emkendorfer Kreises am 6. Mai 1794 seines Lehramtes enthoben wurde, veranstalteten revolutionsfreundliche Studenten, darunter Meyer, eine Sympathiekundgebung und forderten Rücknahme der Entlassung des Hochschullehrers. Die Anführer der Demonstration wurden daraufhin von der Universität relegiert. Der konservative Professor Philipp Georg Hensler denunzierte in diesem Zusammenhang Meyer bei der für Schleswig zuständigen obersten Behörde, der Kopenhagener Deutschen Kanzlei, und

schrrieb: „Nächstens wird auch die Reihe an den bekannten Sansculotten Meyer aus Flensburg kommen ... Meines Erachtens müssen Exempel mit Strenge statuiert werden.“ Auch der spätere Historiker Barthold Georg Niebuhr, der zu dieser Zeit in Kiel studierte, nannte Meyer „das Haupt der hiesigen Sansculotten“. Er warf ihm vor, alle Studenten zu Revolutionsfreunden machen zu wollen, und bezeichnete ihn als „Apostel der unbedingten Gleichheit“.

Die Gelegenheit, den revolutionsbegeisterten Unruhestifter von der Hochschule zu entfernen, fand sich bald. Sechs Wochen nach der Amtsenthebung Cramers, am 18. Juni 1794, kam es im Wirtshaus zu Viehburg bei Kiel anlässlich eines Volksfests zu einer Schlägerei, als einige Studenten Handwerksburschen von der Tanzfläche zu verdrängen versuchten. Meyer, der einem der Gesellen ein Messer entreißen und den Streit schlichten wollte, wurde in die Rauferei verwickelt. Da die Studenten den Kürzeren zogen, wollten sie an den Handwerkern Rache üben. Zwei Tage später kam es wieder zu Tötlichkeiten, wobei Meyer angeblich „mit einem großen Hieber und einer Pistole“ bewaffnet auf der Straße erschien. Eine von der Kieler Stadtverwaltung und den Universitätsbehörden eingesetzte Kommission zur Ermittlung der Schuldigen beschloß am 10. September, drei Studenten, darunter Meyer, mit einigen Tagen Karzer zu bestrafen und ihnen das weitere Studium zu verbieten. Daß der eigentliche Grund zur Verweisung Meyers von der Universität seine politischen Ansichten waren, geht aus einer Bemerkung des Kommissionsvorsitzenden, des Kieler Oberpräsidenten von Schack, hervor: Meyer sei nicht nur „der sittlichen Ordnung gefährlich“, sondern gebe auch „jedem ruhigen und vom Freiheitsschwindel nicht betäubten Einwohner Ärgernis“. Meyer wurde am 20. September zwangsexmatrikuliert. Nach den damaligen Bestimmungen durfte ein Untertan der Herzogtümer Schleswig- Holstein, der die Doktorwürde anstrebte, an keiner anderen als der Kieler Universität studieren, falls er seinen künftigen Wohnsitz in seiner Heimat aufschlagen wollte. Ohne sein Studium zu einem Abschluß gebracht zu haben, kehrte der zwanzigjährige Flensburger in sein Elternhaus zurück. Er blieb bis an sein Lebensende „Kandidat der Rechte“.

„Der neue Mensch“

Der unfreiwillige Abbruch seiner Studien dürfte eine weitere Radikalisierung von Meyers politischer Gesinnung bewirkt haben. Ohne Beruf, vom nicht zu reichlichen Gehalt seines Vaters lebend, war der junge Mann an den revolutionären Entwicklungen Frankreichs brennend interessiert. Im Herbst 1796 begann er mit der Herausgabe einer Wochenschrift, um seinen demokratischen Gedanken Gehör zu verschaffen und sich eine Existenz aufzubauen. Das Journal hatte Erfolg; Vorbestellungen trafen zahlreich ein.

Als Titel seiner Zeitschrift wählte er „Der neue Mensch“, um damit anzudeuten,

daß er eine menschenwürdige freie Ordnung und die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebe. In seiner programmatischen Einleitung betonte er, daß sein Journal sich den Krieg gegen die Tyrannen der Menschheit zur Aufgabe gesetzt habe, weil nur wenige Zeitschriften sich der wichtigsten Bürgerrechte annähmen. Die dänische Regierung fordere die Nation durch Zusicherung der „heiligen Pressefreiheit“ auf, den allgemeinen Willen auszudrücken, und gebe damit der Monarchie einen schönen Zusatz von republikanischer Freiheit, ohne welche der Name „Bürger“ nichts als „ein leerer Ton“ sei.

Wie sehr Meyer von radikaldemokratischen Ideen Frankreichs beeinflusst war, beweist das Motto, das seit der 27. Nummer seiner Zeitschrift auf dem Titelblatt stand: „Les grands nous ne paroissent grands que parce que nous sommes aux genoux. Léons-nous!“ (Die Großen erscheinen uns nur groß, weil wir auf den Knien liegen. Erheben wir uns!) Dies war der Wahlspruch der revolutionären Wochenschrift „Revolutions de Paris“ gewesen, die von 1789 bis 1794 vom radikalen Journalisten Proudhomme herausgegeben und in den letzten Monaten ihres Bestehens zum Sprachrohr der plebejischen Volksgesellschaften wurde.

Alle Äußerungen Meyers zu politischen und sozialen Fragen atmen republikanischen Geist. Er nannte die Hinrichtung Königs Ludwig XVI., die von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Beobachter verurteilt wurde, eine rechtmäßige und notwendige Maßnahme und beschuldigte — obwohl er die dänische und die preußische Regierung (vermutlich aus Vorsicht) ausnahm — die Monarchien, die Untertanen zu „leblosen Drahtpuppen“ hinabzuwürdigen und „vier Jahrtausende lang die Menschheit leiblich und geistig gemordet“ zu haben. Auch der dänische König werde nur so lange geachtet, als er Menschen- und Bürgerrechte nicht verletzt. „Nur in Republiken ist bei Beobachtung der Gesetze jeder frei, der frei sein will.“

Meyer forderte die Aufhebung aller ständischen Privilegien und Einführung der Gewerbefreiheit. Sein Aufsatz „Über die Zünfte der Handwerker“ wandte sich an die Fabrikarbeiter, Unzünftigen und Tagelöhner, die nicht mehr in der relativen Geborgenheit der althergebrachten, auf Bedarfsdeckung und nicht auf Konkurrenz beruhenden Sozialstruktur lebten und deren Anzahl im Steigen begriffen war. Er rief dazu auf, Juden volle Bürgerrechte zu gewähren und ihnen zu erlauben, Handwerksberufe zu erlernen, um ihnen zu ermöglichen, „auf eine ehrliche Weise ihren Unterhalt zu erwerben“. Die Christen würden ungerechterweise die Juden als Bettler oder Betrüger ansehen und sie ärger als orientalische Despoten verfolgen. „Christliches Geschlecht, werde menschlich! Wer als du, christliches Geschlecht, ist schuld an der großen Entmenschung der Juden?“ Auch hier habe Frankreich das Vorbild gegeben, indem es den Juden alle Menschen- und Bürgerrechte wiedergab.

Meyer schilderte das Elend der Handwerksgesellen, die zu arm waren, um einen Meisterbrief erwerben zu können, und daher als unzünftige „Bönhasen“ zu einem erbärmlichen Leben voller Not und Drangsal gezwungen wurden. Er forderte die Abschaffung der Zünfte und meinte, daß auch den Frauen die Erlernung von Handwerksberufen, für die sie geeignet seien, gestattet werden müsse. Dem Einspruch der Zunftmeister, daß die Einführung der Gewerbefreiheit ihre wirtschaftliche Existenz vernichten würde, entgegnete Meyer, dann müsse eben der Staat für eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Einkommens und Vermögens sorgen. Damit ging er über die bürgerlichen Revolutionsziele hinaus und näherte sich den Auffassungen der plebejischen Linksoption zur Zeit der Jakobinerherrschaft, dem „roten Priester“ Jacques Roux, der Egalisierung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen gefordert hatte. „Meiner Überzeugung nach wäre es ein wahres Glück für die Menschheit, wenn eine Gleichheit des Vermögens, soweit es ohne die Kränkung des Eigentums anderer möglich ist, bewirkt werden könnte. Dann erst könnten die Menschen wirklich frei und glücklich sein, wenn sie gleich sind“. Zwar wäre die Vorstellung einer absoluten Gleichheit töricht; aber den ersten Schritt könne man durch Abschaffung der Zünfte tun. Das Recht zu arbeiten und die Früchte der Arbeit selbst zu genießen, sei unveräußerliches Menschenrecht.

Diese Gedanken scheinen Meyer durch die Lektüre von Zeitschriften und Manifesten aus dem Zirkel des Kommunisten Gracchus Babeuf gekommen zu sein. Laut Babeufs Lehre war die Freiheit der Nation nur gesichert, wenn die Gesetze dafür sorgten, daß in den Verhältnissen und den Einkünften der Bürger Gleichheit bestünde. Indem Meyer diese extreme Forderung mit der Aufhebung der Zünfte koppelte, hoffte er offenbar, seinem Postulat größere Wirksamkeit zu verleihen. Unmittelbar hat die Abschaffung der Zünfte, die auch von Liberalen gefordert wurde, nichts mit Besitzgleichheit zu tun. Wahrscheinlich korrespondierte Meyer aber mit Mitgliedern des Zirkels um Babeuf, den „Gleichheitsfreunden“ in Paris. Darauf weist ein im „Neuen Menschen“ abgedrucktes „Schreiben in Betreff der neuesten Lage Frankreichs“ vom 20. Ventose des Jahres IV (11. März 1796) hin. In diesem mit „Brutus“ Unterzeichneten Brief wurde die Verfassung des französischen Direktorismus verworfen und eine Rückkehr zur jakobinischen Verfassung von 1793 gefordert, die nie in Kraft getreten war. Babeuf, dessen höchste Aktivität gerade in die ersten Monate 1796 fiel, vertrat in seinen Aufsätzen den gleichen Standpunkt und bezeichnete die Jakobinerverfassung als „heiligstes Gut der Nation“. Es ist möglich, daß „Brutus“, dessen Schreiben im „Neuen Menschen“ in Übersetzung erschien, niemand anderer war als „Brutus“ Magnier, der in Babeufs „Verschwörung der Gleichen“ verwickelt war. Drei Maximen Babeufs: Rückkehr zur Jakobinerverfassung, wirtschaftliche Gleichheit und die Unaufhebbarkeit

sozialer Gegensätze in allen nichtdemokratischen Systemen finden sich in Meyers „Neuen Menschen“. Babeufs kommunistisch-kollektivistische Ideen fanden hingegen bei Meyer keinen Niederschlag, weil er sie offenbar als utopisch und für seine Leserschaft unpassend ablehnte. Wie sehr Meyer, der einige Aufsätze mit dem Pseudonym „Sincerus Gallus“ Unterzeichnete, von den Ideen der „Gleichheitsfreunde“ hingerissen war, beweist ein in seiner Zeitschrift abgedrucktes Gedicht:

HOHES LIED VON DER GLEICHHEIT

„ ... Kämpfen wollen wir und siegen;	Ewgen Haß der Tyrannei!
Feig in Sklavenfesseln schmiegen	Ewgen Tod und ewge Rache
Werden wir uns ewig nicht!	Allen Gleichheitsfeinden! Schwört!
Am Altar der Gleichheit schwöre	Tod dem Despotismus! Schwört!
Jeder bieder, groß und frei	Gleichheit ist der Menschen Sache,
Fern von niederer Sklavenscheu,	Ist des heißen Kampfes wert!“
Laut, daß alle Welt es höre, —	

Ähnliche Gedichte zum Lob der Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte und Völkerverbrüderung waren in fast allen Nummern des „Neuen Menschen“ zu finden. Zur Zeit der Erscheinens der Zeitschrift hatte die Betonung des Gleichheitsprinzips eine unverkennbare antibürgerliche Spitze, weil Meyer ja nicht nur den adeligen, sondern *allen* Gleichheitsfeinden Tod und Rache schwur. Dies beweist, daß er sich vor allem an die unteren Sozialschichten wandte, um ihrer dumpfen Unzufriedenheit politische Ziele zu setzen.

Ebenso wie alle anderen deutschen Jakobiner erblickte Meyer im Sieg der französischen Waffen die einzige Möglichkeit, die alte Sozialordnung in Deutschland zu beseitigen. Dazu war aber notwendig, daß die französische Regierung nicht mit den alten Mächten paktierte, sondern das Ende 1792 abgegebene Versprechen einlöste, den Völkern, die sich von ihren Despoten befreien wollten, zu Hilfe zu kommen. Allerdings hatte die Direktorialregierung, die zur Zeit des Erscheinens von Meyers Zeitschrift an der Macht war, keine Absicht, die alten Zusagen der girondistischen Regierung zu erfüllen, die zu einer Zeit abgegeben worden waren, als die unterdrückten Völker der Nachbarstaaten die einzigen potentiellen Bundesgenossen Frankreichs gewesen waren. Obwohl Meyer begriff, daß die Direktorialregierung nichts unternehmen werde, um das deutsche Volk zu einer Revolution anzustacheln, hoffte er, daß sie wenigstens eine autonome Agitation der deutschen Jakobiner zulassen und fördern werde. Daher schlug er vor, Frankreich möge beim kommenden Friedensvertrag den deutschen Teilstaaten — inklusive dem bereits 1795 aus dem Krieg ausgeschiedenen Preußen — „eine uneingeschränkte Gewissens-, Denk- und

Druckfreiheit als eine unerläßliche Bedingung“ vorschreiben; dies müsse dann von allen deutschen Regierungen ratifiziert werden. So sollten die Demokraten unter dem Schutz der Gesetze ihre Propaganda frei entfalten können.

Zu Meyers Mitarbeitern gehörte der Flensburger Advokat Ludwig August Gülich, der ebenfalls Republikaner war. Der im „Neuen Menschen“ abgedruckte Aufsatz Gülichs „Roma erwache“ ermahnte die Franzosen, nicht gegen Völker, sondern nur gegen Despoten Krieg zu führen, und übte an den milden Maßnahmen des Generals Bonaparte gegenüber dem besiegten Kirchenstaat Kritik. Auch Meyer verurteilte die wiederaufkommenden Standesunterschiede im französischen Heer, rügte die Wiederbelebung der royalistischen Anrede „Monsieur“ anstatt „Bürger“ und bedauerte, daß sich die Direktorialregierung „den Umarmungen des Aristokratismus“ näherte. Er forderte Bonaparte auf, den Kampf gegen das Papsttum fortzusetzen, „bis der Kopf des schändlichen dreifach gekrönten Priesters unter dem Beile der Weltgerechtigkeit gefallen“ sei. — Als aber Bonaparte mit dem Kirchenstaat Frieden schloß, ohne den Papst abzusetzen, versuchte Meyer auch dieser Entwicklung ihr Gutes abzugewinnen und äußerte, daß die neue Allianz den Papst in die Gewalt der Republikaner gebracht habe. „Vielleicht werden jetzt sogar seine Bullen Freiheit predigen.“

Als im Sommer 1797 die Errichtung einer linksrheinischen Republik von der französischen Regierung in Erwägung gezogen wurde, sah Meyer darin die Basis für eine spätere Republikanisierung ganz Deutschlands. Frankreich beabsichtigte trotz allem, so meinte er, die Freiheit der Welt zu begründen; „auch Deutschlands Sklavenketten werden bald gelöst sein“. Nun werde der Krieg, der das Leben von fast einer Million Republikaner gekostet habe, durch einen Frieden gekrönt werden, auf dessen Ewigkeit zu bauen sei. „Heil dem Geist der Franken! Er beherrsche den Erdkreis, mache zu Brüdern das Menschengeschlecht.“

Meyer stand mit anderen norddeutschen Demokraten in Verbindung. Er druckte zwei Gedichte von Heinrich Christoph Albrecht ab, der zu dieser Zeit auf Gut Kielseng bei Flensburg lebte, rezensierte freundlich Zeitschriften und andere Publikationen der Jakobiner Friedrich Wilhelm von Schütz aus Altona und Georg Friedrich Rebmann, der nach Paris emigriert war. Rebmann sandte dem „Neuen Menschen“ auch einige Korrespondentenberichte in Briefform. Meyers Zeitschrift konnte bei der jakobinischen „Altonaischen Verlagsgesellschaft“ abonniert werden.

Die Unangefochtenheit, mit der der junge Jakobiner Meyer unter dem Schutz der dänischen Pressefreiheit sein radikales politisches Credo kundtun konnte, verleitete ihn zu unüberlegten Schritten, die das Ende seiner Publikationen herbeiführten. In einem Aufsatz „Durchflüge“ kritisierte er im 31. Stück seiner Zeitschrift, daß die Zensurfreiheit Dänemarks noch weit „von ihrem der Realisierung fähigen Ideal entfernt“ sei und sich der „Heiligenschein“, der sie aus

der Ferne umgebe, bei näherem Zusehen verlöre. Der Historiker Riegels, der den dänischen König Christian V. als abscheulichen Tyrannen bezeichnet habe, sei zu einer Strafe von mehreren hundert Talern verurteilt worden. Ein ähnliches Schicksal sei dem Dichter Peter Andreas Heyberg widerfahren, weil er „mit Anspielung auf besondere Fälle“ gesagt habe, daß mit Auszeichnungen „und Titeln die Idioten geschmückt werden“.

Diese gegen die allgemein bekannte Geisteskrankheit des herrschenden Königs Christian VII. von Dänemark gerichtete Bemerkung blieb vorläufig unbeachtet. Kurze Zeit darauf veröffentlichte Meyer einen überaus scharfen Angriff gegen den Hauptpastor der Niklaskirche in Flensburg, Nikolaus Johannsen, der seit 1789 Probst war. Meyer nahm für den reformfreudigen Pastor Friedrich Paysen, der an der Marienkirche predigte, Partei. Er beschuldigte den konservativen Geistlichen, „die Köpfe seiner Niklasgemeinde und des unaufgeklärten Schwarms mit Teufeleien“ anzufüllen und als Nachahmer des Hamburger Zionswächters Göze aufzutreten, der „mit seiner Galle Lessing gemordet“ habe. Durch seine hyperorthodoxen Predigten, die „an die krasseste Dogmatik des 16. Jahrhunderts“ erinnerten, streue er Unkraut aus.

Der erboste Probst klagte Meyer beim Obergericht Gottorf an. Am 24. Juli 1797 teilte er in seiner Beschwerde mit, daß Meyer republikanische, monarchiefeindliche Grundsätze predige, „demokratische Reden“ führe und zu „Ruhe störenden Handlungen“ aufrufe. Er versuche zwar, durch „einige erzwungene Lobeserhebungen“ über die Landesregierung seine „giftige Pille zu versilbern“; dennoch könne „ein kleines Feuer oft lange unter der Asche glimmen und endlich einen großen Wald anzünden“.

Als das Gottorfer Obergericht daraufhin den Flensburger Magistrat anwies, Meyer einzuvernehmen, stellte sich heraus, daß dieser „bei der Pluralität der Einwohner“ auf Unterstützung rechnen konnte. Der Magistrat riet dem Gericht, von einer Strafverfolgung abzusehen, weil es durch die Predigten Johannsens tatsächlich zur „Gärung in der Gemeinde“ gekommen sei, die fast in Tätlichkeiten ausartet. Meyers politische Ansichten seien zwar „unter aller Kritik“, denn er verwechsle „die Despotie, nämlich den Mißbrauch der Macht, mit den legalen Begriffen einer uneingeschränkten Monarchie“; dennoch sei es ratsam, ihm keinen Prozeß zu machen, damit er nicht „von einem Teil des dortigen Publikums als Märtyrer der Wahrheit angesehen“ würde. Man solle lieber die Sache auf sich beruhen lassen. „Würde Meyer zur Verantwortung gezogen, so würde er sich außerhalb des Landes seine Stimme zu erheben aufgefordert glauben“.

Trotz weiterer Eingaben des Probstes Johannsen beschloß daraufhin das Gottorfer Obergericht, „zur Verhütung unangenehmer Bewegung im Publico diese beinahe in Vergessenheit geratene Sache ruhen zu lassen“. Als man die Angelegenheit dem Schleswiger Generalsuperintendenten Johann Christian Adler

vorlegte, empfahl dieser, „zur Verhinderung größerer Unruhen und zur Schonung des Probstes selbst die Sache möglicherweise zu unterdrücken“.

Meyer wurde auf drei Monate die Herausgabe seiner Zeitschrift untersagt. Nachdem er Ende September und Anfang Oktober 1797 wiederum zwei Stücke publiziert hatte und der Probst neuerliche Beschwerden einreichte, war er gezwungen, das Erscheinen des „Neuen Menschen“ gänzlich einzustellen. Kurze Zeit später beschloß er, der weiter im elterlichen Haus wohnte und durch das Verbot des Journals seine Existenzgrundlage verloren hatte, Schauspieler zu werden. Gemeinsam mit seinen Freunden, den Advokaten Gülich, Timmermann und Koch, dem Kaufmann Andresen und dem Berufsschauspieler Schwarz gründete er Anfang 1798 eine „Theatralische Gesellschaft“, die im neuerbauten Flensburger Schauspielhaus etwa ein Jahr lang Stücke von Iffland, Kotzebue und Schröder aufführte und sich auch an Schillers „Kabale und Liebe“ heranwagte. Meyer stellte „Juden, Spitzbuben und komische Rollen“ dar. Die Gesellschaft löste sich jedoch 1799 auf, da sich herausstellte, daß Flensburg zu klein war, um eine eigene Bühne unterhalten zu können, und die Schauspieler, von denen die meisten einem bürgerlichen Beruf nachgingen, nicht genügend Zeit dem Theater widmen konnten.

Meyers spätere literarische Versuche

Der dänische Premierminister und Leiter der Kopenhagener „Deutschen Kanzlei“, Graf Andreas Peter von Bernstorff, der es verstanden hatte, durch kluge Politik das Land aus den Stürmen der Revolutionskriege herauszuhalten und die Neutralität zu bewahren, war Mitte 1797 gestorben. Sein Nachfolger war Kai von Reventlow, der dem revolutionsfeindlichen „Emkendorfer Kreis“ angehörte und Anführer der schleswig-holsteinischen Ritterschaft war. Seine konservative Einstellung kam dem auf Dänemark ausgeübten russischen Druck entgegen. Am 1. November 1799 erließ Reventlow ein neues Pressegesetz, das die seit 1770 bestehende Zensurfreiheit aufhob. Damit war der demokratischen Presse der Boden entzogen. Ein Jahr später, am 16. Dezember 1800, schloß Dänemark ein gegen England gerichtetes Abkommen mit Rußland und Preußen zum Schutz der gemeinsamen Handelsflotten. Als die Engländer daraufhin eine Anzahl dänischer Schiffe kaperten, wurde Dänemark in den Krieg hineingezogen. Man befürchtete allgemein die Landung englischer Truppen an der schleswigschen Küste und rüstete sich eilends zur Verteidigung. Die Bedrohung durch England führte zu einem mächtigen patriotischen Aufschwung in Dänemark. Georg Conrad Meyer, der — wie alle deutschen Jakobiner — die Politik des englischen Premiers Pitt verabscheute, wollte das Seine zum Widerstandskampf beitragen, und begann Anfang 1801 mit der Herausgabe einer neuen Zeitschrift „Der Feind Englands“. Da das neue dänische Pressegesetz jede demokratische Agitation unter Strafe

setzte, mußte er sich darauf beschränken, die dänischen Soldaten anzufeuern, bei Erscheinen der englischen Landungstruppen auf dänischem Boden ihre Vaterlandsliebe unter Beweis zu stellen. Das Journal enthielt eine Anzahl von Gedichten Meyers; in einem von ihnen heißt es:

Mit Euch sei Heil und Segen;
Fahret hin Und kehret siegreich in des Volkes Arme,
Ihr edlen Patrioten! Menschenrecht
Und Völkerfreiheit ist das edle Ziel,
Das Euch, Ihr Glücklichen, vor Augen schwebt!

Die Engländer, deren ungenügend ausgebildetes Landheer in Holland soeben eine Schlappe erlitten hatte, begnügten sich, Dänemark vom Meer aus anzugreifen. Admiral Nelson zerstörte am 2. April 1801 einen Teil der dänischen Flotte — deren größter Teil gar nicht einsatzfähig war — und beschoß Kopenhagen. Die dänische Regierung kapitulierte, kündigte das Abkommen mit Rußland und Preußen und schloß mit England einen Waffenstillstand.

Meyer setzte sein Journal unter dem Titel „Der Feind Englands während des Waffenstillstands. Ein patriotisches Blatt vom Herausgeber des Neuen Menschen“ noch einige Zeit fort. Sein an die Dithmarscher gerichteter Aufruf zur vaterländischen Verteidigung und zur Errichtung einer Volksmiliz zeigt, daß er die revolutionäre Idee einer Levée en masse, eines allgemeinen Volksaufgebots, die 1793 Frankreich in der Stunde der höchsten Gefahr gerettet hatte, auf Dänemark zu übertragen versuchte:

„Die heilige Stunde schlug, als England es wagte, die dänischen Staaten mit Krieg zu überfallen. Da fühlten wir alle, der Norrmann, der Däne, der Schleswiger, der Holsteiner, alle gleich warm, daß ein Vaterland, das geliebt zu werden verdient, an seinem segensreichen Busen vereine ... Freiwillig boten sich in allen Gegenden des Landes brave Patrioten an, die Grenzen gegen ein habsüchtiges, räuberisches Volk zu verteidigen, das endlich auch uns offene Fehde schwur. Ein Geist belebte alle Einwohner dieser Staaten, die Verschiedenheit ihrer Namen bezeichnete nicht einen Unterschied zwischen warmen und lauen Patrioten; es ist Überzeugung geworden, daß die Ehre, für das Vaterland zu kämpfen und zu sterben, zu groß für Lohnsoldaten ist, denn sie sind nur im Frieden tapfer und im Angesicht des Feindes verzagt. (...)“

Der Friedensschluß mit England, der bald danach geschlossen wurde, machte Meyers Blatt, von dem im ganzen fünf Nummern erschienen, überflüssig. Seit 1810 litt Meyer an Schwindsucht und verbrachte die letzten sechs Lebensjahre meist im Flensburger Krankenhaus. Während seiner Krankheit verfaßte er eine Reihe moralisch-psychologischer Epigramme, Distichen und kleiner Gedichte, die er unter dem Titel „Versuch in Grabschriften. Nebst einem Anhang einiger Gedichte verwandter Gattungen“ kurz vor seinem Tode herausgab und „Seiner

Wohlgeboren, dem Herrn Justizrat und Bürgermeister Hans Rudolph Feddersen, unter dessen Redaktion der Flensburgische schöne Begräbnisplatz angelegt worden ist“ widmete.

Die Sammlung enthielt 46 Gedichte, meist Zweizeiler. Zwei der Distichen lauten:

DER BEFREIER

Wären die Leiden des Lebens auch nichts als drückende Lasten,
Bald macht der mächtige Tod frei uns von jeglicher Last.

DER TAUSCH

Für die Freuden des Lebens, die schnell wie Blüten verwelken.
Gab mir der freundliche Tod Wonnen, die nimmer verblühn.

Meyer starb am 18. Juli 1816 im Alter von 42 Jahren. Die Grabrede hielt sein Jugendfreund Andreas Peter Andresen, der auch gemeinsam mit ihm an der kurzlebigen Flensburger Laienbühne 1798/99 teilgenommen hatte. Er sagte: „... Blühend steht er noch jetzt vor meinem Geiste, der schöne hoffnungsvolle hochherzige Jüngling, als er von mir schied und zur hohen Schule reiste mit den freudigsten Entschlüssen, viel zu leisten für die leidende Menschheit. Allein, als damals der rohe Freiheitsschwindel so manche ruhige Köpfe irre führte, da verließ auch er den ruhigen Pfad des Wahren und Schönen, und bereitete sich selbst ein frühes Grab“.

Meyer selbst hätte diesen Worten, die seine Krankheit mit der französischen Revolution in einen mysteriösen Zusammenhang brachten, kaum zugestimmt. Aus der Vorrede zu seinen „Versuchen in Grabschriften“ ist zu ersehen, daß er seinen Jugendidealen, in einem Bruderbund der Gleichen einen „Neuen Menschen“ zu schaffen und eine Gesellschaft zu erleben, in der niemand dem anderen über- oder untergeordnet ist, bis zuletzt die Treue bewahrte. Er erwähnte bedauernd, daß sich die christliche Religion mehr mit den „sogenannten höheren Seelenkräften“ abgebe als mit der Errichtung republikanischer Verfassungen, und meinte, daß noch manche Generation aussterben werde, „ohne ihre reine schönere Menschlichkeit erreicht zu haben“; dennoch gab er seiner Genugtuung Ausdruck, daß in Dänemark „hoher Sinn für Menschen- und Bürgerrecht allgemein verbreitet“ sei.

Alle Zitate sind belegt in:

Walter Grab, Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten Französischen Republik (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band XXI), Hamburg 1966, S. 184—191.

Walter Grab, Leben und Werke norddeutscher Jakobiner (Deutsche revolutionäre Demokraten, Darstellung und Dokumentation, Band 5) Stuttgart 1973, S. 66—72, 249—281, 304—307.

Du sollst dir kein Bild machen

Eine Rückbesinnung auf die Ausstellung „Vor hundert Jahren: Dänemark und Deutschland 1864 bis 1900. Gegner und Nachbarn.“ Kopenhagen-Århus-Kiel-Berlin, 1. August 1981 bis 14. Februar 1982.¹

Als in der großen Kunstaussstellung in Schloß Charlottenburg in Kopenhagen 1865 das riesige Gemälde des dänischen Malers Carl Bloch „Befreiung des Prometheus“ (vgl. Abb. 2) ausgestellt wurde, stand das Publikum Schlange, um es zu sehen. Der Erfolg des Bildes erklärte sich nicht nur aus der ästhetischen Bewunderung dieses Monumentalwerks international anerkannter akademischer Malerei, sondern auch aus der Bedeutung, die man in Dänemark zu diesem Zeitpunkt in sein Motiv hineinlegte. Der antike Mythos vom Helden Prometheus, der zur Strafe dafür, daß er den Menschen das Feuer gebracht hatte, vom Göttervater Zeus an einen Felsen gekettet und dem vielfachen Angriff eines hungrigen Adlers ausgesetzt worden war, bis ihn der Halbgott Herakles loskettete und den Adler erschöß, wurde von den Zeitgenossen als visionäres Symbol für das Schicksal Dänemarks nach der Niederlage von 1864 verstanden. Wen auch immer die heroische Lichtgestalt des Herakles meinen mochte, für die Dänen verkörperte sie eine Hoffnung auf Befreiung der von Preußen (Adler) gedemütigten dänischen Nation (Prometheus) in naher Zukunft.²

Carl Blochs Gemälde ließ diese vom Künstler selbst gar nicht beabsichtigte Deutung ohne weiteres zu. Es huldigt anschaulich einem Kampf- und Stärkeideal, das als politisches Leitbild in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überall in Europa Geltung hatte: Eine Macht besiegt die andere; wer am besten gerüstet ist, triumphiert. Die die absolutistischen Fürstentümer ablösenden bürgerlichen Nationalstaaten brauchten zu ihrer Festigung Bilder, einfache Bilder, die durch die Anknüpfung an überlieferten Mythos oder durch den Schein vergangener oder gegenwärtiger Tatsächlichkeit Verbindlichkeit erhielten. Die Malerei, die im letzten Jahrhundert ihre höchste, nur noch durch die Fotografie zu übertreffende Perfektion der Wirklichkeitsschilderung erreicht hatte, eignete sich vorzüglich für diesen Zweck. Sie bemächtigte sich in ihren Stoffen aller Lebensbereiche und prägte mit großer Suggestivkraft die Ideale der nun herrschenden Schicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit ein. Der Besuch von Kunstaussstellungen war für viel breitere Kreise als heute eine Selbstverständlichkeit, und neue Reproduktionsverfahren und Bildjournale sorgten für eine umfassende Bekanntmachung der Werke.

Die im Rahmen des Kulturabkommens vorbereitete deutsch-dänische

Gemeinschaftsausstellung „Vor hundert Jahren: Dänemark und Deutschland 1864 bis 1900. Gegner und Nachbarn“ wollte einen Einblick in diese Bilderwelt vermitteln, und zwar in der Gegenüberstellung von Werken dänischer und deutscher Künstler aus den für die Beziehung beider Länder so belastenden Jahren nach 1864 bis zur Jahrhundertwende. Der erste Eindruck für den Ausstellungsbesucher war der einer frappierenden Übereinstimmung der Themen und Stilmerkmale. Wer mit der Erwartung gekommen war, sich hier ein verbindliches Bild von deutschen und dänischen „Nationaleigenschaften“ machen zu können, wurde enttäuscht. Positiv ausgedrückt: er erhielt ein Angebot, die Zweckhaftigkeit und den Täuschungscharakter betonter nationaler Abgrenzung zu erkennen. Die Sprache der Bilder in der Ausstellung erwies sich im ganzen als eine gemeinsame europäische Sprache mit vielen individuellen, landschaftlich bedingten „Dialekten“, wobei sich einzelne deutsche Werke unterschiedlicher Regionen oft mehr voneinander unterschieden als andere deutsche und dänische. Als national im Sinne der Bindung an das eine oder das andere Volk sollen hier nur solche Züge bezeichnet werden, die auf bestimmte geschichtlich gewordene politisch-soziale Machtverhältnisse zurückzuführen sind. Das heißt konkret: Das Selbstverständnis des auf militärische und wirtschaftliche Großmachtwünsche ausgerichteten deutschen Kaiserreichs war ein anderes als das des zum Kleinstaat geschrumpften Königreichs Dänemark. Das spiegelt sich auch in den Gemälden; aber es ist nicht zulässig, ein ewiggültiges Bild „der Dänen“ und „der Deutschen“ daraus abzuleiten.

Im Prozeß der Gestaltung dieser Ausstellung haben dänische und deutsche Mitarbeiter die geläufigen Feind- und Wunschbilder der anderen Nation jeweils als Möglichkeiten auch in sich selbst entdeckt. So konnte man sich in der Zusammenarbeit ohne Demütigung gegenseitig infragestellen und anregen lassen und ungeahnte positive Impulse für das eigene Denken und Handeln daraus beziehen. Diese Alternative zum Freund-Feinddenken wurde Richtschnur und Ziel für die Ausstellungskonzeption. Auch dafür fand sich ein Bild aus der Zeit, das als Schlüsselmotiv die Eintrittskarten schmückte: eine ironische Version des Prometheus-Themas, die der deutsche Künstler Max Klinger — freilich ohne politische Absicht — für eine Rahmenleiste in seinem Illustrationswerk zu dem antiken Märchen von Amor und Psyche entworfen hat (Abb. 1). Hier wird Prometheus nicht durch den tödlichen Schuß des Herakles vom Adler befreit, sondern das Liebespaar Amor und Psyche regelt die Sache auf friedliche Weise: Während Amor die Fesseln des Prometheus löst und das noch etwas angeschlagene Opfer aufrichtet, bemüht sich Psyche versöhnlich um den Angreifer, indem sie zärtlich den Arm um ihn legt und seinen Hunger aus einer Schale zu stillen versucht. Diese heitere Attacke auf den zeitgenössischen Heroismus hätte man dem Klischee zufolge wohl eher einem dänischen Künstler

zugetraut als einem deutschen, wohingegen die muskelkräftigen Helden Carl Blochs eher deutschen gründerzeitlichen Idealen zu entsprechen scheinen. Man sieht, schon in der Blütezeit nationaler Gegnerschaft nach 1864 verschwimmen die Grenzen der Bilder, die man sich voneinander machen möchte. Übrigens gehörte Carl Bloch zu den etwas später auch in Deutschland gekannten und geschätzten dänischen Malern,³ und die erste rühmende Besprechung Klinger'scher Graphik (darunter auch „Amor und Psyche“) schrieb der dänische Literaturhistoriker Georg Brandes 1883.⁴ Bilder ermöglichten also auch Begegnung und Verständigung zwischen Dänen und Deutschen in den Jahren feindseligen politischen Klimas.

Wenn hier Abschied genommen werden soll von dem Wunsch, „sich ein Bild zu machen“, so richtet sich das nicht gegen die Produktivität der künstlerischen und politisch-sozialen Phantasie — im Gegenteil, sie möge bestärkt werden — sondern gegen das absolute Festlegen und zwanghafte Wiederholen von Vorstellungen, das dem lebendigen Austausch und friedlichen Miteinander hinderlich ist. Das sei im folgenden verdeutlicht an drei dänisch-deutschen Bildpaaren aus der Ausstellung, die drei zentrale Themenbereiche betreffen: Krieg, soziales Elend und künstlerisches Schaffen.

I.

Themen aus der nationalen Geschichte, die eine große Vergangenheit und Taten vorbildlicher Menschen beschwören, waren in der europäischen Malerei des 19. Jahrhunderts an der Tagesordnung. In ihnen tritt politische Absicht am deutlichsten in Erscheinung. Noch kurz vor dem Krieg von 1864 vollendete der dänische Maler Wilhelm Marstrand sein großes Wandbild für den Roskilder Dom, das König Christian IV. auf der „Dreifaltigkeit“ in der Seeschlacht gegen die Schweden 1644 vor der Kieler Förde zeigt (vorbereitende Ölstudie: Abb. 3). Jeder Däne kennt die Szene aus der Nationalhymne: „Kong Christian stod ved højen mast“. Der beleibte König in der Mitte des Bildes gibt — nachdem er ein Auge im Kampf verloren hat — den Befehl zum Durchhalten und bewirkt damit, daß sich die feindliche Flotte in die Förde zurückzieht. Er steht inmitten seiner Mannschaft, die schon manchen Verwundeten aufweist, umgeben von hilfreich bemühten und aufmerksam zuhörenden Offizieren.

Das Leitbild eines Herrschers und militärischen Führers, das man sich in Dänemark um 1863 angesichts der Bedrohung durch die Deutschen machte, war das des verantwortungsbewußten Landesvaters, der trotz Verwundung Mut und Würde behält, sich bis zum letzten für sein Volk einsetzt und von diesem hingebungsvoll geliebt wird, etwa so, wie man sich den populären regierenden König Friedrich VII. vorstellte. Ein historisches Schlachtenbild, das einen gleichsam familiären Zusammenhalt zwischen militärischem Führer und

Mannschaft demonstriert, weckt Vertrauen und fördert Selbstbewußtsein und Verteidigungsbereitschaft bei den Männern der Nation.

Das Deutsche Kaiserreich, das dreier Kriege bedurft hatte, um 1871 überhaupt erst als Nationalstaat in Erscheinung treten zu können, verlangte andere Führungsideale. Ein aus lauter ehemaligen Einzelstaaten zusammengewürfeltes Volk mit unterschiedlichen regionalen Traditionen konnte sich nicht derartig problemlos familiär an einen Monarchen binden, wie es das dänische Wunschbild darstellte. Die Vorherrschaft Preußens in dem neuen deutschen Staat bedeutete gegenüber den Zielen der bürgerlichen Revolution von 1848 in gewisser Hinsicht einen Rückschritt. Während das Königtum in Dänemark relativ konfliktlos seine Rechte an das Bürgertum abtrat und so einer Entwicklung zur Demokratie kaum mehr im Wege stand, leitete die preußische Monarchie — vertreten durch den Kanzler Bismarck — aus ihren die Nation vereinigenden militärischen Siegen einen ganz anderen Herrschaftsanspruch ab. Der kleindeutsch-preußischen Geschichtsauffassung, nach der Preußen Vorkämpfer der nationalen Einigung war, galt es durch Bilder aus der Geschichte Nachdruck zu verleihen.

Eine Leitgestalt preußischen Herrschertums war Friedrich der Große. Vor der Reichsgründung hatte Adolph Menzel den „Alten Fritz“ in seinen Illustrationen und Gemälden populär gemacht, und zwar als aufgeklärten Fürsten und als Menschen, der auch Blößen und Niederlagen kennt.⁵ Dieses Bild wurde nicht beibehalten. Der Düsseldorfer Maler Wilhelm Camphausen präsentierte 1871 das offizielle Image des Preußenherrschers im Kaiserreich in seinem Gemälde „Friedrich der Große zu Pferde“ (Abb. 4). Es stellt den König auf einem Schimmel als einsamen Helden dar, der unerschüttert und unverwundbar über das Schlachtfeld sprengt. Energisch und diszipliniert bis zum äußersten ist er der eigentliche Gestalter des militärischen, das heißt zugleich des staatlichen Geschicks. Seine Offiziere bleiben im Schatten und gebührenden Abstand, aber willig dem Anführer folgend. Das Fußvolk hält sich im Hintergrund in Reih und Glied. Einem so überragenden Mann sollte man Bewunderung und Ergebenheit bezeugen. Kein Wunder, daß es Ehrensache für den Bürger wurde, im kleinen Bereich, wo er selbst Befehlsgewalt hatte, diesem Idealbild nachzueifern.

Die beiden Historienbilder sind also einmal Widerspiegelungen bestimmter politischer Verhältnisse in beiden Ländern: Hinter Marstrands Gemälde steht die Situation Dänemarks unmittelbar vor dem Krieg von 1864: ein Königreich auf dem Wege zur Demokratie, in seinen Grenzen bedroht und seine militärische Macht überschätzend. Camphausens im Jahr der Reichsgründung vollendetes Bild spiegelt die Vormachtstellung Preußens im Deutschen Reich und die autoritäre Herrschaftsstruktur des neuen Großstaates. — Als Darstellung von Krieg sind beide Bilder gleichermaßen unreal. Sie enthüllen in ihrer theaternmäßigen Übertreibung und verharmlosenden Sicht beispielhaft die Wunschphantasien,

deren sich die Aufrüstungspropaganda vorzugsweise zu bedienen pflegt: Männergemeinschaft und Abenteuerlust, Heldentum und Gefolgschaftsdenken verbinden sich mit dem fragwürdigen Appell an die Opferbereitschaft für ein Ganzes.

Hatten wir es bei diesen beiden Beispielen der Geschichtsmalerei mit Auftragsarbeiten für das Königs- bzw. Kaiserhaus zu tun mit offiziellem Geltungsanspruch und nationalem Hochgefühl, so führt das folgende Bildpaar in die Schattenzonen der damaligen gesellschaftlichen Wirklichkeit hinein.

II.

Die durch die Industrialisierung bedingten großen sozialen Umwälzungen im 19. Jahrhundert hatten bekanntlich eine Verelendung großer Massen von Menschen zur Folge. Das Anwachsen eines mittellosen sowie rechtlich und politisch benachteiligten Proletariats in der Großstadt und zum Teil auch auf dem Lande nahm in dem industriell rapide fortschreitenden Deutschland ein noch weitaus bedrohlicheres Ausmaß an als in dem noch länger an überkommenen agrarischen Strukturen festhaltenden Dänemark. Die Widersprüche entluden sich im Klassenkampf, der sich in Deutschland entsprechend schärfer zuspitzte.

In beiden Ländern wurde die „soziale Frage“ in den Themen der Malerei aufgegriffen. Zumeist standen die Maler in ihren Bildern nur mit halbem Herzen auf der Seite der vom Elend Betroffenen; denn ihr Blickwinkel blieb mehr oder weniger bestimmt von den Interessen des Bürgertums, dem sie selbst angehörten und von dessen Kaufbereitschaft sie lebten. Gezielte soziale Anklage bediente sich der Kunst zunächst nur vereinzelt als Mittel. Es gibt dänische Gemälde aus den 1880er Jahren, die, wenn auch nicht das kämpferische Pathos, so doch den Ernst der etwas späteren engagierten Graphik von Käthe Kollwitz vorwegnehmen.⁶ In unserem Zusammenhang soll nicht von diesen Ausnahmen, sondern von typischen Beispielen bürgerlichen Umgangs mit diesem Themenkreis die Rede sein. Allerdings nicht erst die parteiliche Anklage, sondern schon die bloße Darstellung des „Arme-Leute-Milieus“ stieß in manchen Kreisen des Kunstpublikums — zumal in Deutschland — auf Ablehnung. Man wollte davon nichts wissen und schon gar nicht von den Wänden der Kunstmuseen und Ausstellungssalons, die dem Wunsch nach Schönheit und Erhabenheit zu dienen hatten. Für aufgeschlosseneren Betrachter hielt die zeitgenössische Ästhetik jedoch Mittel bereit, das Elend im Bild zu mildern und ihm seine Unerträglichkeit zu nehmen.

Die beiden hier ausgewählten Gemälde führen jeweils ein leidvolles Frauenschicksal vor Augen. Auf dem dänischen Bild „Verlassen“ von Frants Henningsen (Abb. 5) ist es eine junge Frau aus proletarischem Milieu, Mutter von zwei Kindern, die — wie wohl der Titel besagt — von ihrem Mann verlassen wurde

und nun allein die Verantwortung für sich und die Kinder zu tragen hat. Die ärmlich gekleidete, aber würdevoll aufgerichtete Gestalt steht vor einer tristen Mauer, relativ nah an den Betrachter herangerückt und ihn mit fragendem Blick anschauend. Im Arm und am Rockzipfel birgt sie die Kinder und versucht, ihnen menschliche Wärme als das Nötigste zu geben. Körperlich hat die Armut allerdings keine sichtbaren Spuren hinterlassen. Mutter und Kinder sind von angenehmer Erscheinung ohne Anzeichen von Hunger und Krankheit. Das deutsche Beispiel „Der Tod der Austrägerin“ von dem Münchner Maler Johann Becker-Gundahl (Abb. 6) zeigt im Innern einer düsteren Kiste das einsame Sterben einer Dorfbotenfrau, an dem ihr Hund als einziger Gefährte trauernd Anteil nimmt. Das Bild läßt den Betrachter Abstand halten von der ausgezehrtten Gestalt im Bett. Der Raum und die Dinge haben in der Komposition ebensoviel Gewicht wie der Mensch.

Der inhaltliche Leitgedanke beider Bilder ist menschliche Isolation, bedingt durch ein von materieller Not geprägtes Milieu. Schicksale dieser Art waren eine Folge der Auflösung tragender, in der vorindustriellen Großfamilie gewährleiteter Gemeinschaftsbindungen. Beide Maler machen sich ein Bild von der Situation, ohne nach den Ursachen zu fragen und ohne etwas grundsätzlich verändern zu wollen. Die leicht sentimental gefärbten Darstellungen zielen mehr auf passives Mitleiden ab. Sozial begründete Not wird als individuelles Leiden und damit als etwas schicksalhaft Gegebenes aufgefaßt. Bezeichnenderweise diente zur Veranschaulichung gerade die Frauenrolle. Von ihr erwartete man eine besondere Leidensfähigkeit und Leidensbereitschaft. Hinsichtlich dieser Eigenschaften setzen beide Bilder etwas unterschiedliche Akzente, die m. E. nicht nur aus der verschiedenen Thematik abgeleitet werden können. Während die Austrägerin vollständig in der Opferrolle aufgeht, ihr wehrlos und ergeben erliegt, bekundet die verlassene Mutter in ihrer Haltung durchaus ein Selbstbewußtsein, einen stillen Widerstand, der eine Achtung abverlangt. Ein solches Frauenbild sucht in der gleichzeitigen deutschen Malerei dieser Gattung seinesgleichen. Proletarierinnen werden im allgemeinen, auch wenn sie jünger sind, eher gedrückt und demütig geschildert. Erst Käthe Kollwitz stattet in ihrer Graphik Frauen dieser Schicht mit einem starken Eigenwillen aus, dann aber gleich einem so aufbegehrenden, kämpferischen, wie man es in der dänischen Kunst der Zeit nicht findet.

Daß im deutschen Bild die Auslieferung der Notleidenden an ihr Schicksal noch absoluter gesehen wird als auf dänischer Seite, mag als Reaktion auf die stärkere Zuspitzung der sozialen Frage in Deutschland betrachtet werden. Das Elend war im Deutschen Reich massenhafter und scheinbar hoffnungsloser, der autoritäre Druck von oben nach unten stärker als in Dänemark. Die Wirklichkeit überholte jedoch diese Bilder. Die Betroffenen selbst durchbrachen die darin beschworene Isolierung des Einzelnen und schlossen sich im Kampf für ihre gemeinsamen

Interessen über nationale Grenzen hinweg in der Arbeiterbewegung zusammen.⁷ Dem bürgerlichen Kunstpublikum in beiden Ländern, das der Realität des Elends selbst mehr oder weniger als Zuschauer gegenüberstand, wurde es so vermittelt, daß die eigene Lebensform nicht infragegestellt war. Der Widerspruch zwischen Kunstgenuß und tatsächlicher Misere wurde dadurch aufgehoben, daß der Stoff mit anerkannten künstlerischen Mitteln zur Anschauung gebracht wurde. Der Täuschungseffekt ist nicht nur in der Inszenierung zu suchen, wie es am Beispiel der Kriegsdarstellungen gezeigt wurde, sondern auch und versteckter in der Formgebung. Der Gegenstand wird durch den Stil verklärt. Bei der „Verlassenen“ kommen die klassischen Gesetze der Figurengestaltung in Körperproportion und Umriß ebenso zur Anwendung wie eine ausgewogene Raum- und Flächenkomposition und ein stabiles Gefühl für Farbnuancen und Lichteffect. Der breite Goldrahmen, der das Gemälde seit alters umgibt, erhebt es in die Sphäre des Altarbildes und läßt die junge Mutter wie eine profanierte Madonna erscheinen.⁸ Das deutsche Bild bedient sich anderer, aber gleichfalls erklärender Mittel. Die Austrägerin hat als Figur im Bild kaum Gewicht, aber eingebunden in das Rembrandt'sche Hell-Dunkel bietet sie gleich wie das im Licht geheimnisvoll aufscheinende Hausgerät im Raum dem Auge malerische Reize. Der Stil zwingt dem geschilderten Elend die Harmoniegesetze der akademischen Malerei, so daß es seine Anstößigkeit verliert. Der schöne Schein rührt an, rüttelt aber nicht auf. Das Bild stellt sich zwischen den Betrachter und die wirkliche Not von Menschen.

III.

Unter den Künstlern in Europa gab es viele, denen seinerzeit die Grenzen der akademischen Malerei selbst bewußt und unerträglich wurden. Wie schon einmal zu Beginn des 19. Jahrhunderts stellten sie die erlernten Gesetze in Frage. Es schlossen sich in Deutschland, Dänemark und anderswo kleine Gruppen von Malern zusammen, um gemeinsam neue Wege zu finden. Die Impulse hierfür kamen vor allem aus Frankreich, aus Paris, das nun als Kunstmetropole Rom ablöste.

Die Künstler zogen mit neuen ästhetischen und menschlichen Zielen gegen den Absolutheitsanspruch der alten Bilder zu Felde. Die neue Freiheit wurde einerseits in der Entwertung des erzählerischen Inhalts, des Sujets, zugunsten der Autonomie der künstlerischen Form gesucht. Der Autorität des Gegenstandes würde die Forderung nach „reiner Malerei“ entgegengestellt. Andererseits strebte man nach einem der Natur enger verbundenen Lebens- und Arbeitsstil. Die Künstler gingen aufs Land, malten zunehmend auch direkt im Freien und entdeckten neue Wirkungsmöglichkeiten von Licht und Farbe. Aus dem Rückblick von heute — das wurde in der Ausstellung deutlich — ist die Grenze zwischen den Bildern dieser Suchenden und denen der etablierten akademischen Maler in

stilistischer Hinsicht gar nicht scharf zu ziehen. Es handelt sich zunächst vor allem um eine Frage der Einstellung und des Arbeitsethos. Die neuen Absichten verwirklichten sich in einem vom Akademiebetrieb unterschiedenen Arbeitsklima, in dem persönliche freundschaftliche Beziehungen gepflegt und partnerschaftliche Zusammenarbeit erstrebt wurden. Das begann in den Klassen der Akademien und Kunstschulen und wurde fortgesetzt in Begegnungen in Lokalen und Ateliers, in Wohngemeinschaften in der Stadt und auf dem Lande. An verschiedenen malerisch gelegenen Orten bildeten sich Künstlerkolonien, wo den Sommer über oder das ganze Jahr hindurch gemeinsam gearbeitet wurde.

Die beiden zum Vergleich ausgewählten Gemälde haben die eigene Arbeitswelt solcher Maler zum Gegenstand und legen Rechenschaft ab über ihr Selbstverständnis. Das deutsche Beispiel (Abb. 7) ist ein Werk von Theodor Alt, einem Mitglied des Kreises um Wilhelm Leibl. Es zeigt den Kollegen Rudolph Hirth du Frênes im gemeinsamen Atelier der Leiblfreunde in München. Auf dänischer Seite handelt es sich um ein Doppelselbstbildnis des Malerehepaares Anna und Michael Ancher aus der Künstlerkolonie Skagen in Nordjütland (Abb. 8). Der junge Maler auf dem deutschen Bild ist im Begriff, einer elegant gekleideten jungen Dame ein auf der Staffelei präsentiertes Werk mit Anerkennung heischendem Blick und Gestus vorzuführen. Die Dame ist vermutlich das Modell des für den Betrachter verborgenen Gemäldes. Sie zeigt sich allerdings nicht sonderlich beeindruckt. Das Arbeitsmaterial des Künstlers ist ebenso dekorativ und absichtsvoll ins Bild gesetzt wie der geschmückte Hut der Besucherin. Komposition, Farbwahl und Lichtregie zeugen von vollendeter Beherrschung der malerischen Mittel.

Das Atelierbild von Theodor Alt gehört in einen Zusammenhang mit ähnlichen Werken von Wilhelm Leibl, in denen es um kritische Auseinandersetzung mit der von der Akademie geprägten Künstlerrolle geht. Durch den leichten Zug von Ironie, mit dem Alt den Kollegen — stellvertretend für den eigenen Stand — als unsicher und bestätigungsbedürftig kennzeichnet, zieht er Geniekult und Virtuosenstolz in Zweifel. Die Szene rührt an die durch den freien Kunstmarkt bedingte Abhängigkeit des bürgerlichen Künstlers vom Publikum. Damit der Maler leben kann, müssen seine Bilder potentiellen Käufern gefallen. Müht er sich aber allzu sehr darum, mit seinen Werken das Bild von Kunst zu erfüllen, das sich das Publikum nach eigenen Sehgewohnheiten macht, so gerät seine Kreativität in Gefahr. Die betrachtende Dame, die hier das Publikum vertritt, nimmt eine passive Rolle ein. Als geistige Partnerin, auf deren kompetentes Urteil man Wert legen könnte, wird sie nicht ernstgenommen. Als erwünschte Bewunderin ist sie ein nicht recht funktionierendes Pendant zu dem erfolgsorientierten Maler. In ihrem unbeteiligten Blick spiegelt sich die ganze Eingeschränktheit bürgerlicher Frauenexistenz in dieser Zeit. Frauen mit schöpferischen Ambitionen hatten es im

gründerzeitlichen Deutschland noch schwerer sich zu behaupten als in Dänemark, wo es nicht zu einer so drastischen Hierarchisierung von Familie und Gesellschaft hatte kommen können.⁹ In Skagen, wo sich seit den 1870er Jahren besonders in den Sommermonaten viele fortschrittliche Künstler — nicht nur aus Dänemark — zu gemeinsamem Leben und Schaffen zusammenfanden, spielte die dort gebürtige Malerin und Malerehefrau Anna Ancher eine gleichwertige Rolle unter den Kollegen. Etwas Entsprechendes haben wir in Deutschland erst etwa ein Jahrzehnt später mit dem Auftreten von Paula Modersohn-Becker in Worpswede. Das dänische Atelierbild zeigt das Ehepaar Anna und Michael Ancher in gemeinsamer prüfender Betrachtung eines neuen Werkes auf der Staffelei. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß beide Ehepartner gemeinsam das Doppelbildnis geschaffen haben. Auf diese ausgesprochen unübliche Weise entstand ein sehr persönliches Werk, das als eine Art Programmbild für das Selbstverständnis der Anchers als kreative Gemeinschaft anzusehen ist. Der Raum hat eine gemütliche, intime Ausstrahlung. Kaffeetassen, Blumentopf, Spiegel und Lampe lockern die Arbeitsatmosphäre auf, ohne der Konzentration Abbruch zu tun, die sich auf den Gesichtern der Künstler abzeichnet. Auch dieses Interieur ist durchaus absichtsvoll arrangiert und durch künstliches Licht wirkungsvoll beleuchtet, aber die Ausdrucksmittel sind anders eingesetzt als in Theodor Alts Atelierbild. Die Farbwahl ist wärmer — Rot dominiert hier gegenüber Blaugrau- und Grüntönen bei Alt — die Komposition ist bildparallel und daher ruhiger und schlichter wirkend als der durch Schrägen verkomplizierte Aufbau des deutschen Bildes. Insgesamt realisiert das Gemälde der Anchers mehr eine Stimmung, eine menschliche Haltung als den neuen frischen Malstil, der die Werke besonders Anna Anchers auszeichnet.

Der deutsche Maler Theodor Alt unternimmt mit seinem Atelierstück den Versuch, ein vorgeprägtes Bild von Kunst, Künstler und Publikum mit den Mitteln der Karikatur, das heißt durch Übertreibung, zu relativieren. In geistreicher Rollenselbstbespiegelung bleibt er jedoch diesem Bild selbst verhaftet. Er treibt das künstlerische Kalkül, das ihm fragwürdig wird, auf die Spitze. Neu gegenüber dem Akademiestil ist vor allem der lockere, die Eigenwertigkeit der Farbe betonende Pinselstrich.

Die Anchers gehen einen anderen Weg. Sie bedienen sich einer intimeren, aber gleichfalls noch relativ traditionell geprägten malerischen Sprache, um inhaltlich ein Gegenbild für die Künstlerrolle zu entwerfen, das die Voraussetzung für einen neuen Formwillen darstellt. Sie lösen sich praktisch von dem Ideal des genialen Schöpfers auf einsamer Höhe, das es in Dänemark im Vergleich zu Deutschland ohnehin nur in gemäßigter Form gegeben hat. Nüchtern und ganz nah am realen Künstleralltag bleibend, propagiert ihr Selbstbildnis offenen geistigen Austausch zwischen gleichberechtigten Partnern, wechselseitige Anerkennung und

gemeinschaftliche Produktivität. In dem geschilderten Klima der Achtung und des Vertrauens können als Ziel gemeinsamer Bemühungen neue Ideen gedeihen, neue, von außen kommende Anregungen fruchtbar werden. Die Skagener Maler, vor allem P. S. Krøyer und — mehr noch als ihr zehn Jahre älterer Mann — gerade auch Anna Ancher nahmen die aktuellen Impulse des französischen Impressionismus früher und vorbehaltloser auf, als es in Deutschland geschah. In Dänemark setzte nach der Niederlage von 1864 eine intensive kulturelle Selbstbesinnung ein, deren Ergebnis neben einem erheblichen literarischen Aufschwung auch in der Malerei und besonders in der Skagener Malerschule zum Ausdruck kam. Dagegen wirkte in Deutschland die Reichsgründung mit ihrem Siegestaumel auf die Kunstszene eher lähmend als inspirierend. Bedingt durch den Partikularismus der staatlichen Organisation und damit auch des Kunstbetriebs ist für die deutsche Malerei grundsätzlich eine Vielfalt der Möglichkeiten charakteristisch gewesen. Die verschiedenen Kunstzentren in den einzelnen Ländern hatten unterschiedliche Prägungen und Ziele.¹⁰ Die Künstler hatten die Wahl. Der nationale Gedanke wirkte dabei nach 1871 eher retardierend; denn die Selbstdarstellung staatlicher Macht bedient sich — wie wir gesehen haben — vorzugsweise des Althergebrachten. So setzte sich in der deutschen Malerei Neues langsamer als in Dänemark und nicht aufgrund, sondern trotz des geschürten Nationalgefühls durch.

Die Idee der Nation ist selbst ein Bild, eine Vorstellung, die einstmals auch dazu bestimmt war, der Forderung der französischen Revolution nach „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ für alle Menschen Gestalt zu verleihen. Mit ihrer Hilfe sind viele Freiheiten für das Individuum erkämpft worden. In dem Maß aber, in dem sie sich absolut setzt und sich mit Herrschaftsansprüchen verbindet, wird sie zum Täuschungsmanöver, dem wir keinen Respekt schuldig sind.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Grenzfriedenshefte 4/1981, S. 219-221. Im folgenden wird auf die deutsche Ausgabe des Katalogs verwiesen (Kat.).
- 2 Vgl. J. O. Hansen, Kat. S. 145
- 3 Vgl. J. Ostwald, Kat. S. 163
- 4 Vgl. I. Kähler, Kat. S. 376
- 5 Vgl. J. Schlick, Menzels *Frideriziana*, in: Adolph Menzel. Ausst. Kat. Kunsthalle zu Kiel 1981, S. 13-16
- 6 Z. B. Kat. Abb. S. 81
- 7 Zur Arbeiterbewegung in Dänemark und Deutschland vgl. G. Callesen, Kat. S. 74-83, sowie ders. in: Grenzfriedensheft 2/1982, S. 85-94
- 8 Der deutsche Maler Fritz von Uhde versetzte umgekehrt biblische Gestalten in das

„Arme-Leute-Milieu“. Vgl. Kat. Nr. 63 D

- 9 Zur Situation von Frau und Familie in Deutschland und Dänemark vgl. K. Molly und K. Gomard, Kat. S. 87-96
- 10 Vgl. dazu J. C. Jensen, Kat. S. 151-156

Anm. d. Red.

Einige Exemplare des — sehr empfehlenswerten — Ausstellungskataloges sind noch zu haben:

*„Vor hundert Jahren: Dänemark und Deutschland 1864 bis 1900. Gegner und Nachbarn.“
Ausstellungskatalog Kopenhagen, Århus, Kiel, Berlin 1981/82.*

410 Seiten, 260 Abbildungen, 24 Farbtafeln. Preis: DM 35,— inkl. Porto.

Bestellungen an:

Kunsthalle zu Kiel • Düsternbrooker Weg 1 • 2300 Kiel

Der Verfasser des folgenden Artikels ist Vizepräsident der Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen (FUEV) und in der dänischen Bevölkerungsgruppe unseres Landes Vorsitzender von Sydslesvig Samfund.

ERNST MEYER

Probleme und Zukunftschancen der europäischen Minderheiten

Seit alters her ist Europa von vielen verschiedenen Völkern bewohnt worden. — Im Laufe der letzten tausend Jahre sind die Grenzen zwischen den einzelnen Völkern jedoch durch Machtkämpfe laufend verschoben worden. — Heute stehen wir somit vor der Tatsache, daß es außer Island und Portugal keinen Staat in Europa gibt, der — bevölkerungsmäßig gesehen — völlig homogen ist. In all diesen Staaten gibt es Bevölkerungsgruppen, die sich in ihrer Sprache, ihren Sitten, ihren religiösen Gebräuchen und Ansichten von der Mehrheit der Bevölkerung unterscheiden und bemüht sind, diese ihre besondere Eigenart zu bewahren.

Aber diese Minderheiten sind auch bemüht, die allen anderen Bürgern ihres Staates zustehenden politischen und kulturellen Rechte zu erlangen, die ihnen oft verwehrt werden. — Da kommt es denn vor, daß einige ihren legalen und gerechten Forderungen durch Demonstrationen oder Anschläge Gehör verschaffen! Dabei geraten sie meisten in Konflikt mit ihrem Herbergsstaat, besonders, wenn dieser weniger föderalistisch und mehr zentralistisch aufgebaut ist.

Andere Minderheiten haben sich zu Vereinigungen zusammengeschlossen, um gemeinsam die anliegenden Probleme zu lösen.

Eine solche Vereinigung ist die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV), gegründet im Jahre 1949 in Versailles. Sie ist ein Zusammenschluß demokratischer Organisationen, der den Schutz ethnischer Minderheiten als seine Aufgabe ansieht. — Gegenwärtig gehören der FUEV etwa 30 Organisationen an, und sie repräsentiert somit ca. 28 Millionen Menschen! — Ihr Ziel ist es, das Vorgehen der sprachlichen und der nationalen Minderheiten auf europäischer Ebene zu koordinieren und so die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erleichtern. Zur Zeit bemüht sich die Union um einen beratenden Status beim Europarat.

Seit 1961 ist ihr offizielles Organ die Vierteljahreszeitschrift „Europa Ethnica“. Auf ihrem 17. Kongreß in Apenrade im Jahre 1967 verabschiedete die FUEV die Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechtes, die die wesentlichen Forderungen der Volksgruppen enthalten. — Im Artikel 2 ihres Statuts definiert die Union den

Begriff Volksgruppe so: „Eine Volksgruppe ... ist eine volkliche Gemeinschaft, die durch Merkmale wie eigene Sprache, Kultur und Tradition gekennzeichnet ist. Sie bildet in ihrer Heimat keinen eigenen Staat oder ist außerhalb des Staates ihrer Nationalität beheimatet (nationale Minderheit).“

Die österreichisch-ungarische Monarchie war ein Vielvölkerstaat, in dem sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts die einzelnen Volksgruppen gegen die Dominanz der deutschen Sprache in amtlichen Dingen und der deutschen kulturellen Traditionen aufzulehnen begannen. Man trug diesem Rechnung, und allmählich wurde in den einzelnen Teilen des Kaiserreiches der Schulunterricht in der Sprache der lokalen Bevölkerung erteilt; und schließlich wurden alle Reichsvölker als eine pluralistische Gemeinschaft gleichen Rechtes der Glieder betrachtet. — Dann kam der Erste Weltkrieg mit all seinen Umwälzungen. In den Nachfolgestaaten der Monarchie und in Polen entstanden Minderheitenprobleme, die einen völkerrechtlichen Schutz der Minderheiten notwendig machten. Deshalb enthielten die Verträge von Versailles und St. Germaine Bestimmungen, die die Nachfolgestaaten zu einem bestimmten Verhalten ihren Minderheiten gegenüber verpflichteten.

Nun kann man die Frage stellen, welchen Sinn solche Schutzbestimmungen haben sollten: Sollte damit der Bestand der Minderheit als Volksgruppe für alle Ewigkeit garantiert werden? — Oder sollte damit nur ein zeitlich begrenzter Schutz gewährleistet werden, bis eine unumgängliche Assimilation sich vollzogen hatte? — Es versteht sich von selbst, daß die Minderheiten ihr politisches und kulturelles Dasein für alle Zukunft gesichert wissen möchten, während die implizierten Staaten der Theorie der Assimilation huldigten.

Der Zweite Weltkrieg kam und damit die Vertreibung von Millionen unschuldiger Menschen. — Auf unmenschliche Art und Weise wurden Probleme gelöst — viele neue geschaffen — und die meisten der alten bestehen nach wie vor ... Im Staate Frankreich leben acht sprachliche Volksgruppen: Basken, Bretonen, Elsaß-Lothringer, Flamen, Franzosen, Katalanen, Korsen und Occitanen. — Seit der französischen Revolution und vornehmlich seit 1848, als der Staatsnationalismus mit seiner zentralen Denkweise fest zum Zuge kam, führte eine erbarmungslose Assimilationspolitik in gewissen Gegenden zu einer fast vollständigen Ausrottung der nicht-französischen Volkssprachen — und dieser Prozeß geht bis zum heutigen Tage (trotz Europa!) systematisch weiter. Bemerkenswert in dieser Verbindung ist, daß die Sowjetunion ein Volksgruppenrecht kennt, allerdings auf der Grundlage der Anerkennung des sowjetischen Systems durch diese Volksgruppen. Infolgedessen gibt es hier autonome Republiken, autonome Gebiete, nationale Bezirke mit ethnisch überwiegend nichtrussischer Bevölkerung! Die meisten Staaten Europas haben sich jedoch nicht durch völkerrechtliche Verträge verpflichtet, ihre Minderheiten als besonders schutzwürdig

anzuerkennen. Somit haben sie freie Hand, wie sie sich ihnen gegenüber einrichten wollen.

Auf der anderen Seite haben einige Staaten sich selbst Minderheitenschutzbestimmungen auferlegt. So können sich die Minderheiten südlich wie nördlich der deutsch-dänischen Grenze auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahre 1955 berufen. Ohne Zweifel haben diese Erklärungen wesentlich zu einem Abklingen des Spannungsverhältnisses der Nachkriegszeit im schleswigschen Grenzraum beigetragen. — Unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang auch nicht die sogenannte Kieler Erklärung aus dem Jahre 1949. Zwischen Österreich und Italien sind Verträge abgeschlossen worden, die für Südtirol einen Schutz der deutschsprachigen Minderheit vorsehen. Diese beinhalten bestimmte Sonderrechte autonomen Charakters, die, wenn sie wirklich in die Tat umgesetzt würden, auch beispielhaft für andere Minderheiten sein könnten, die in ihrer angestammten Heimat die Mehrheitsbevölkerung ausmachen.

Mit dem Staatsvertrag von Wien aus dem Jahre 1955 wurde Österreich als freier und unabhängiger Staat wiederhergestellt. Der Artikel 7 dieses Staatsvertrages beinhaltete eine Reihe von Punkten, die die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten konkretisierten. Bis zum heutigen Tage streiten sich die Minderheiten mit den Behörden über die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen.

Im Königreich Belgien leben rund 60 000 Personen, die sich der deutschen Sprache bedienen. Hier zeigt es sich, daß die dritte Amtssprache Belgiens zwar anerkannt ist, aber in der Praxis noch lange nicht der flämischen oder der wallonischen gleichgestellt ist.

Im Norden Europas kämpfen die „letzten Nomaden Europas“, die Lappen, um ihre Existenz. Von ihnen leben etwa 10 000 in Schweden, rund 20 000 in Norwegen, an die 2 000 in Finnland und ca. 1500 in der Sowjetunion. Die moderne Zivilisation drängt diese Nomaden immer weiter zurück. Hier sei nur an das Alta-Projekt erinnert, wo die Errichtung eines Wasserkraftwerkes Hunderte von Quadratkilometern der lappischen Natur und damit die Existenzgrundlage vieler Rentierzüchter vernichten würde.

Man wird oft vor die Frage gestellt, ob die Minderheiten sich denn nicht selbst überlebt hätten. — Heute gelte es doch nicht mehr deutsch oder dänisch, heute müsse man in europäischen Bahnen denken; heute müßten die kleinkarierten Probleme des schleswigschen Grenzlandes der Vergangenheit angehören.

Ein solches Gerede mag sich vielleicht ganz schön anhören, ist aber im Grunde nichts anderes als dummes Narrengerede! „Europa“ ist zu einem Schlagwort geworden. Es ist auf gut deutsch „in“, Europäer zu sein! — Nun ist Europa in sich überhaupt nichts — ein Begriff. Zieht man nämlich die völkische Vielfalt aus

Europa ab, was bleibt dann nach? — Erst durch diese Vielfalt der verschiedenen Völker mit ihren Kulturgütern wird Europa eine Realität! — und wenn diese Verschiedenartigkeit nicht respektiert und honoriert wird, dann wird dieses neue Europa eine Fehlgeburt werden! — Nur ein in seinem völkischen Kulturgut fest verwurzelter Engländer, Deutscher oder Däne kann auch ein guter Europäer werden. Er muß seinen Ausgangspunkt, seine Wurzel in Ordnung haben!

Und diese unsere Wurzel haben wir nun einmal hier in unserer angeborenen Heimat; ob dänisch, ob deutsch, hier ist Platz für beide. Beide Teile haben im letzten Jahrzehnt ernstlich versucht, friedlich miteinander auszukommen. Nicht immer ist es gelungen, aber der gute Wille hierzu war und ist vorhanden, und das muß das Entscheidende sein. Dann steht zu hoffen, daß aus dem heutigen Nebeneinander auch mal ein Miteinander werden möge. So etwas kann aber nicht nach einem Terminplan über die Bühne gezogen werden. Das geht langsam, muß langsam gehen, wenn es natürlich wachsen soll!

Und doch nützt alles nichts, wenn dieser gute Wille nur „oben“, in den verschiedenen Gremien und Räten vorhanden ist. Dieser gute Wille muß auch bei meinem Nachbarn zu finden sein, und hier kann es wohl oder übel manchmal noch hapern! — Primär entscheidend für die ganze Situation ist deshalb nicht das Klima in Bonn, Kiel oder Schleswig. Damit wäre nicht gesagt, daß wir diesem Klima keine Bedeutung beilegen! Selbstverständlich wissen wir das gute Verhältnis hier zu schätzen. Aber dennoch wird die eigentliche Temperatur an der Basis gemessen, am Verhältnis Nachbar zu Nachbar, an der Behandlung unserer Probleme in den kommunalen Gremien!

Im übrigen gilt natürlich auch hier, daß ein Volk (sprich hier: Volksteil) nur so lange lebt, wie es selbst die Kraft und den Willen dazu hat. — Deshalb gilt es für uns, das Engagement des einzelnen zu stärken, und das ist ohne Zweifel bedeutend schwieriger bei einem friedlichen Nebeneinander. Kampfzeiten machen einig und stark! Das weiß jeder. Da gilt es eben, neue Wege und Arbeitsformen zu finden, die auch einen Appell an unsere kritische Jugend beinhalten; denn diese soll ja eines Tages unsere Arbeit weiterführen!

Wir leben in einer spannenden Zeit, wo man, uns bereits prophezeit hat, daß eine neue Zivilisation sich im Werden befindet. Man kann sich sehr wohl vorstellen, daß große Veränderungen vor uns liegen, welcher Art auch immer, und daß sich diese in rascher Reihenfolge bei uns einfinden können. Gerade in dieser Situation ist es meines Erachtens von entscheidender Wichtigkeit, daß unsere Jugend sich seiner Herkunft bewußt wird, sich darüber im klaren ist, wohin sie gehört, und wo sie ihre Kraft für die zukünftige Arbeit finden kann! Andernfalls fürchte ich, daß die allgemeine Entwurzelung zu einer Unterminierung der Existenz des Individuums führen und im größeren Zusammenhang später dem Volke das Bewußtsein seiner Eigenart rauben kann! Der Weg zum Europa von morgen scheint ein steiniger zu

sein! — Recht besehen muß man wohl oder übel eingestehen, daß der Prozeß der Einigung in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht hat. — In Verbindung mit der allgemeinen europäischen Direktwahl hatte ich die stille Hoffnung gehegt, daß es zwischen den in internationalen Organisationen zusammengeschlossenen Parteien zu einer demokratischen Einmütigkeit gekommen wäre, die eine gemeinsame politische Debatte zur europäischen Einigung möglich gemacht hätte. — Die vergangenen Jahre haben leider gezeigt, daß davon nicht die Rede sein kann. Da wird weiter gewurschtelt, da redet man sich die Köpfe heiß über die Farbe und das Aussehen des kommenden Europapasses!

Aber so darf es nicht weitergehen! — Vielleicht sind die Erwartungen von vornherein zu hochgeschraubt gewesen, mag sein. Aber das, was wir jetzt erleben, ist ein Vertrauensschwund, ist ein schrittweises Zurückkehren in nationale Gedankengänge, wo man in zunehmendem Maße sich selbst genug ist! — Und das wäre ein katastrophaler Rückschritt!

Denn der Friede in Europa ist abhängig von dem Verständnis zwischen den europäischen Völkern untereinander. Der Friede in Europa ist abhängig von der Weiterentwicklung der eingeleiteten Zusammenarbeit der Völker. Der Friede in Europa findet meines Erachtens seine Grundlage nur im Föderalismus eines geeinten Europas! Und damit muß die Idee des Nationalstaates der Vergangenheit, dem 19. und dem 20. Jahrhundert, angehören! — Das mag in vieler Ohren hart klingen — und der Weg wird lang und steinig sein!

Meines Erachtens kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß in einem föderalen, auf Dezentralisierung hin ausgerichteten, vereinten Europa auch die berechtigten Interessen der Minderheiten besser gewahrt wären, nicht zuletzt auch deshalb, weil in einer solchen europäischen Föderation alle Minderheiten, auch die großen, geschlossenwohnenden Volksgruppen, zu Minderheiten im Verhältnis zur Ganzheit würden.

Mehrheit – Minderheit

*Perspektiven — Möglichkeiten — Hindernisse**

Vor etwa fünf Jahren hatte eine politische Jugendorganisation in Apenrade, deren Vorsitzender ich war, die beiden Chefredakteure von „Flensborg Avis“ und „Der Nordschleswiger“ eingeladen, einen Vortrag zum Thema „Kulturelle Minderheit oder politische Partei“ zu halten.

Unser Ziel war eine möglichst breitgefächerte Diskussion bezüglich der Zukunftsaussichten der beiden Minderheiten. Es ergab sich, daß beide Chefredakteure absagen mußten. Der Verein ist vermutlich nicht wichtig genug gewesen, denn das Thema war genauso aktuell wie heute, aber beide Herren schickten Vertreter, Jes Schmidt den jetzigen Chefredakteur beim Nordschleswiger.

Bezüglich meines Bedauerns über die Nichtanwesenheit von Jes Schmidt und der Freude darüber, daß es Matlok möglich gewesen sei, ihn kurzfristig zu vertreten, stellte Matlok fest: Ganz gewiß hätte Jes Schmidt das Amt, aber er den Verstand. Bevor ich dem gleichen Chefredakteur Gelegenheit gebe, über mich mit umgekehrten Vorzeichen die gleiche Feststellung zu treffen, möchte ich gerne selbst einräumen, daß Sie heute abend bezüglich der Geschichte der Minderheit nicht gerade einen großen Experten eingeladen haben. Die Geschichte ist selbstverständlich ein wichtiger Teil der Grundlage für die tägliche Arbeit und Situation im heutigen Grenzland. Dennoch kann ich vielleicht vorsichtig andeuten, daß Diskussionen bezüglich der Minderheiten heute von wenigen und vielleicht für wenige geführt werden, soweit es Menschen betrifft, die nicht zu den Minderheiten gehören. Dies ist insbesondere meine Überzeugung, wenn die Diskussionen allzu spitzfindig werden.

Die Entwicklung seit 1945, auf welche ich nicht allzusehr eingehen will, kann wohl kurz charakterisiert werden als ein Übergang von direkter Feindschaft mit scharfen Gegensätzen über eine Verbesserung der gegenseitigen Toleranz zu etwas, was man heute wohl am besten als eine loyale Zusammenarbeit zum Wohle des Landesteils bezeichnen kann. Die Kopenhagen-Bonner Erklärungen von 1955 wurden das Grundgesetz, so kann man sagen, für die Arbeit der Minderheiten und bildeten die notwendige Grundlage für Bestrebungen vieler guter Menschen, die Verhältnisse im Grenzland zu normalisieren, sowohl zwischen Minderheit und Mehrheit als auch über Grenzen hinweg.

* Vortrag des neuen Amtsbürgermeisters von Sønderjylland, gehalten am 14. Oktober 1982 im Langbehnhaus des Jugendhofes Knivsberg.

Das Prinzip der Kopenhagen-Bonner Erklärungen ist hier die Gleichberechtigung oder Gleichheit, die Gleichbehandlung, das gleiche Recht auf Arbeit usw., aber auch eine Gleichheit in der Behandlung der Minderheiten nördlich und südlich der Grenze.

Es herrscht wohl kaum Zweifel darüber, daß Rücksicht auf eine eigene Minderheit etwas besser und vielleicht etwas früher zu einer Verbesserung der Situation der Minderheiten beigetragen hat, als wenn die politischen Gremien, dies gilt sowohl für Dänemark als auch Deutschland, nicht genötigt gewesen wären, auf die Landsleute jenseits der Grenze Rücksicht zu nehmen. Es ist interessant, daß auch der neue Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Uwe Barschel, in einem Interview mit dem Nordschleswiger neulich dieses Prinzip als Grundlage seiner grenzland-politischen Haltung festgelegt hat. Dr. Barschel fährt allerdings fort, daß dieses keine Frage von Kronen und Øre sei, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für die deutsche Minderheit hier und die dänische Minderheit in Deutschland verschieden seien. Demnach besteht auch in Zukunft weiterhin Aussicht auf Auseinandersetzungen im Landtag in Kiel. Ich werde später auf eine andere Aussage zurückkommen, die Dr. Barschel bei gleicher Gelegenheit gemacht hat, aber zunächst will ich versuchen, etwas über die Bedeutung der Minderheiten für den Landesteil auszusagen.

Bei meiner Suche nach Quellenmaterial für diesen Vortrag stieß ich auf die Aussage, daß die Minderheiten das Salz für die Eier oder das Salz in der Suppe seien, je nach dem, was man zu essen vorzieht. Die Minderheit ist eine der Farben, die man benötigt, um Geschichte und Gegenwart des Grenzlandes darzustellen. Die Minderheit trägt dazu bei, Interesse und Verständnis für die Situation im Grenzland sowohl in Kopenhagen als auch in Kiel und Bonn zu steigern. Die Minderheit trägt wohl bei genauerer ökonomischer Betrachtung dazu bei, der Region mehr öffentliche Mittel zuzuführen, als sie sonst bekommen würde.

Die Minderheiten tragen dazu bei, eine Brücke zu bauen zwischen Dänemark und Deutschland, zwischen Skandinavien und Europa. Die wichtigste Funktion der Minderheiten ist jedoch nach meiner Überzeugung, daß sie Möglichkeiten bieten, Basis zu sein für die, die sich hierzulande als Deutsche entfalten möchten und selbstverständlich südlich der Grenze umgekehrt. Im übrigen bin ich weit davon entfernt, auch nur zu versuchen, die Aufgaben und Funktionen der Minderheiten zu definieren, aber es erscheint mir wesentlich, auch diese Problemstellung etwas auf den Kopf zu stellen, indem ich die Rücksicht auf das einzelne und damit vornehmste Mitglied hervorhebe.

Die Entwicklung seit 1945 ist ja auch geprägt worden durch ein wachsendes internationales Verständnis und eine Einsicht in die Abhängigkeit der einzelnen Länder voneinander.

Dänemark und Deutschland wurden Mitglieder in der NATO und dem Europarat.

Deutschland war später an der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft beteiligt, und Dänemark betrat 1972 das europäische Tanzparkett, nicht etwa, weil man die europäische Musik liebte oder die neuen Partner, sondern eher, weil man unter den nordischen Partnern die Angewohnheit hatte, sich gegenseitig auf die Füße zu treten, und im übrigen mußte die Musik ja auch bezahlt werden.

Die deutsche Minderheit hat die europäischen Integrationsbestrebungen immer unterstützt, während dieses bei der dänischen Minderheit südlich der Grenze nicht der Fall gewesen ist, obwohl man dort auch unterschiedliche Meinungen vertritt. Die intensivere internationale Zusammenarbeit hat wohl auch dazu beigetragen, die Situation der deutschen Minderheit zu erschweren, denn wenn alle Europäer sein wollen, kann es wohl gleichgültig sein, ob man Dänisch-Europäer oder Deutsch-Europäer ist.

Die Entwicklung seit 1972 hat klar bewiesen, daß es möglich ist, sich in einer verpflichtenden internationalen Zusammenarbeit zu engagieren bei Bewahrung der vollen nationalen Identität. Untersucht man die Entwicklung der Minderheit anhand der abgegebenen Stimmen bei Folketingswahlen, Kommunalwahlen und den letzten Amtratswahlen, kann man zu einem für die deutsche Minderheit enttäuschenden Resultat kommen: In dem Maße, wie sich die Entwicklung einem Zustand genähert hat, den einige für ein Modell für andere Minderheiten in Europa halten, hat in der Minderheit der Glaube an die eigene Berechtigung oder in jedem Fall der Zustrom, insbesondere von jungen Menschen, nachgelassen.

Kulturelle Minderheit oder politische Partei, oder richtiger regional-politische Partei, das ist wohl 1982 eine noch aktuellere Frage als vor 15 Jahren. Ich habe mit Interesse von den Diskussionen gelesen, die diesbezüglich in der Schleswigschen Partei geführt werden. Man ist sich wohl einig, daß diese Frage nicht einem Entweder-Oder, sondern eher mit einem Sowohl-als-auch zu beantworten ist. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne Herrn Dr. Uwe Barschel zitieren, der über die Situation südlich der Grenze sagt, daß das Verhältnis zwischen CDU und SSW im Alltag nicht ganz so gespannt ist, wie man dieses manchem Leitartikel in den Zeitungen entnehmen kann, wenn die Diskussionswogen auch einmal hochgehen.

Barschel sagt, daß er ein gutes Verhältnis zu Karl-Otto Meyer hat und fährt fort: „Es liegt vielleicht daran, daß wir Politiker aus Holstein ein unvorbelastetes Verhältnis zum SSW haben, weil wir keine dänische Minderheit haben im Gegensatz zu den Politikern aus dem Landesteil Schleswig, die ja den SSW als Konkurrenz betrachten.“

Bevor ich fortfahre, möchte ich gerne unterstreichen, daß es ganz im Belieben der Schleswigschen Partei und ihrer Repräsentanten in den Gemeinderäten und Hermann Heil's im Amtrats steht, welche politische Linie man vorzieht, aber je mehr man die regionale Partei wählt, desto wichtiger wird es, daß wir, und nicht

zuletzt die Minderheit, zu unterscheiden lernen zwischen konkreter politischer Uneinigkeit über die eine oder andere Frage und der Haltung zur Minderheit generell. Es ist das Recht der Schleswigschen Partei, sich als den Trumpf des Landesteils, als die einzige regionale Partei darzustellen, und es ist ebenso klar, daß die anderen politischen Parteien nicht akzeptieren wollen, daß die Schleswigsche Partei die einzige Partei mit politischen Programmen und Gesichtspunkten sei, welche die besten für Sønderjylland seien. Wenn sich die Schleswigsche Partei im Finanzausschuß des Amtrats an Sparbestrebungen gegenüber den anderen Ausschüssen beteiligt, berührt dieses auch die Absicht eines Ausschusses, mehr Geld für die deutsche Arbeit zu bewilligen. Dieses hat wohl mehr mit allgemeinen politischen Reaktionen zu tun, als daß es Ergebnis einer national-politischen Haltung ist. Wenn sich die Schleswigsche Partei zum Beispiel in Gravenstein dazu entschließt, einen sozialdemokratischen Bürgermeister zu unterstützen, kann man selbstverständlich nicht von der Bürgerlichen Beifall erwarten. Umgekehrt sind die Sozialdemokraten im Amtrat daran gewöhnt, die Vertreter der Schleswigschen Partei zu den bürgerlichen Stimmen zu zählen.

Die Minderheit bemüht sich zur Zeit, ein Versprechen eingelöst zu bekommen, das der frühere Staatsminister Anker Jørgensen während des Folketings Wahlkampfes abgegeben hatte bezüglich eines Sekretariats auf Christiansborg, durch das die Minderheit ihre Interessen gegenüber den politischen Parteien und der Regierung wahrnehmen können sollte. Nachdem das Sekretariat, wie man weiß, einige Zeit zwischen Folketing, Staatsministerium und Innenministerium hin- und hergewandert ist, befindet es sich nun wohl wegen des Widerstandes aus bestimmten Kreisen des ehemaligen Folketingspräsidiums auf dem Schloßplatz von Christiansborg. Ob die Einstellungen der Parteien sich nach der Wahl geändert haben, weiß man wohl noch nicht genau.

Ich möchte hier gerne feststellen, daß ich nach wie vor dafür bin, der Minderheit bessere Möglichkeiten zu bieten, ihre Interessen gegenüber den Parteien im Folketing zu vertreten. Ich möchte allerdings auch gerne feststellen, daß es das Büro der Minderheit auf Christiansborg ist und nicht das des Landesteils. Eine derartige Änderung würden die nordschleswigschen Folketingsmitglieder und auch der nordschleswigsche Amtrat kaum akzeptieren. Ob nicht doch vielleicht die Frage von Sekretariat oder nicht sich leichter über einen gemeinschaftlichen Kontakt zu den nordschleswigschen Folketingsmitgliedern lösen ließe als durch eine größere Unterschriftensammlung? Ich glaube es.

Die Minderheiten bauen mit an einer Brücke über die Grenze, sie schaffen Kontakte zwischen dem Dänischen und dem Deutschen und haben wohl auch Möglichkeiten, auf politische Entscheidungen, die in dem anderen Land getroffen werden, einzuwirken. Will man allerdings das Gewicht der Minderheiten in der

deutsch-dänischen Zusammenarbeit einschätzen, ist dies wohl nicht ganz einfach. Das Problem kann ich am besten anhand einiger Zitate aus einem Artikel von Siegfred Andresen darstellen, der in „Kontakt“ vor einigen Jahren über die Rolle der Minderheiten in dieser Arbeit schrieb: „Wir können als Übersetzer dem deutschen Staat und dem dänischen Staat buchstäblich helfen, einander zu verstehen. Wir können eine Art Sprachpfeilerträger sein. Brückenpfeiler stehen unter der Fahrbahn. Es zeigt sich, daß in Übereinstimmung beide Parteien uns als solche benutzen. In allen möglichen Dänisch-Deutschen Tagen fahren Deutsche und Dänen auf der Fahrbahn, ohne unseren ganz kleinen Brückenpfeiler zu entdecken, wir sind also ganz uninteressant, und dies ist natürlich.“ Ich bin nicht einig mit Siegfred Andresen in dieser sehr negativen Einschätzung. Dies, meine ich, zeigte auch das Thema der jüngsten Deutsch-Dänischen Tage in Flensburg: „Alltag im Grenzland“. Warum sollten wir allerdings nicht offen anerkennen, daß Rücksicht auf die Minderheiten auch ein beschränkter Faktor z. B. bezüglich eines näheren Kontaktes zwischen den verschiedenen Parteien sein kann. Warum nicht anerkennen, daß einem die Röte ins Gesicht fährt, wenn man herausfindet, daß man aufgrund mangelnder Personenkenntnis ein Mitglied der dänischen Minderheit mit „Guten Tag“ anstelle von „God dag“ begrüßt hat, zum Beispiel anlässlich von Sitzungen im Kommunalpolitischen Forum?

Die Minderheiten haben durch ihre Zweisprachigkeit im Grenzland einen bedeutenden Vorteil. Ich glaube, es würde für alle ein Vorteil sein, auch für die Zusammenarbeit über die Grenze, wenn mehr Menschen beide Sprachen beherrschen würden.

Das Programmangebot des dänischen Fernsehens ist allerdings kaum Anreiz, es als Alltagskost südlich der Grenze einzunehmen. So wird sich die Zweisprachigkeit wohl auch weiter verhältnismäßig einseitig entwickeln. Die sprachlichen Schwierigkeiten, und damit auch die notwendigen Übersetzungen tragen dazu bei, daß die Diskussionen im Deutsch-Dänischen Forum länger und eintöniger werden als notwendig. Ich glaube allerdings nicht, daß jemandem damit gedient ist, und schon gar nicht denen, die eine intensivere Zusammenarbeit über die Grenze wünschen, wenn man die dänische Sprache bei solchen offiziellen Gelegenheiten in den Hintergrund drängt. Deshalb meine ich auch, daß es natürlich ist, wenn dänische Minister bei einem gemeinsamen deutschdänischen Ereignis dänisch sprechen, wie viele Protokolle der sonst so protokollfreie Chefredakteur des Nordschleswigers auch herbeizitieren möchte.

Die Dänen sind es als kleine Nation gewöhnt, sich in einer Fremdsprache ausdrücken zu müssen, und die Dänen sprechen gerne Fremdsprachen, wenn dazu Gelegenheit ist. Dieses gilt im übrigen auch für den nordschleswigschen Amtsbürgermeister. Dennoch glaube ich, daß man bei offiziellen Veranstaltungen die Gleichheit der Sprachen praktizieren sollte, soweit sich dieses machen läßt.

Die Entwicklung darf allerdings nicht dahingehen, daß einzelne Amtratsmitglieder disqualifiziert werden, weil sie die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Es ist gesagt worden, daß die Zusammenarbeit im Deutsch-Dänischen Forum in einer Krise stecke. Ich kann auf dem Hintergrund meiner Erfahrungen und Kontakte nach dem ersten Dreivierteljahr diese Ansicht nicht teilen, indem ich mich u. a. zu bedanken habe für einen außerordentlich positiven Empfang seitens unserer drei Zusammenarbeitspartner südlich der Grenze. Ich meine auch, nicht feststellen zu können, daß es wesentliche Differenzen gibt in bezug auf die Zukunft des Kommunalpolitischen Forums. Kein Partner hat wohl den Wunsch, im Forum Fragen zu diskutieren, über die er selbst zu befinden hat, es sei denn auf rein informativer Basis. Es ist eine Menge geredet worden von Institutionalisierung oder nicht, und der Amtratsrat hat sich bekanntermaßen für eine mehr pragmatische Linie entschieden. Ich glaube, man kann die Dinge vereinfachend so darstellen, daß die jetzige Zusammenarbeit und die Beziehungen und Aufgaben keinen Anlaß geben, Veränderungen vorzunehmen; aber inwieweit eine Neuordnung der Regionalpolitik der EG einen solchen Anlaß geben wird, die Frage wieder zu behandeln, darüber kann ich selbstredend jetzt nichts sagen.

Wir müssen wohl auch offen zugeben, daß es im öffentlichen Sektor im Augenblick schwer ist, sich aufdrängende grenzüberschreitende Projekte zu entdecken. Es sind wohl mehr erweiterte Förderungsmöglichkeiten für das Ingangsetzen neuer Dinge in der Wirtschaft, auf die wir auf beiden Seiten der Grenze angewiesen sind. Gibt es hier eine Möglichkeit der Zusammenarbeit, sollten wir sie ergreifen, um die Region in ihrer Gesamtheit zu stärken; aber werden wir nicht verschiedene Bestrebungen entwickeln, zum Beispiel, um einen Betrieb zu veranlassen, sich entweder nördlich oder südlich der Grenze anzusiedeln?

Anderes geschieht ja auch nicht, wenn wir zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit den Amtratskommunen Ribe und Vejle etabliert haben bezüglich verschiedener Dinge.

Abschließend möchte ich meine Freude über die persönlichen Kontakte zur anderen Seite der Grenze zum Ausdruck bringen, auf deren Pflege ich großen Wert lege und die ich weiter ausbauen werde.

Der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins, Dr. Hartwig Schlegelberger, hat kürzlich gesagt, daß für Schleswig-Holstein eine ernsthafte Gefahr bestünde, wenn die deutsche Minderheit verschwände, insbesondere auf dem Hintergrund der Langzeitwirkung von „Slesvigland“. Ich glaube, Dr. Schlegelberger überschätzt sowohl die Wirkung von „Slesvigland“ als auch die Fähigkeit und den Wunsch der Dänen, neues Land zu gewinnen. Ich glaube allerdings, daß der Alltag in Nordschleswig ärmer würde. Es würde ganz einfach ein Teil des Alltags in Nordschleswig fehlen, wenn wir die deutsche Minderheit nicht hätten. Wenn wir die Minderheiten nördlich und südlich der Grenze nicht hätten, würden wir von Zeit

zu Zeit auch manche Irritationen nicht haben, aber der Puls des Landesteils würde langsamer schlagen.

Ich möchte zum Schluß den ehemaligen Flensburger Oberbürgermeister Bodo Richter zitieren, den wir im grenzpolitischen Zusammenhang in Zukunft leider entbehren müssen. Bodo Richter beschäftigte sich in seinem Grußwort aus Anlaß der Deutsch-Dänischen Tage in Apenrade 1979 mit drei Szenarien für die zukünftige Entwicklung des Grenzlandes. Überzeichnete Szenarien, ganz gewiß. Aber in dem von ihm selbst vorgezogenen Szenarium sagte er u. a.: „daß sich beide Seiten bemüht haben, die ökonomische Entwicklung im Grenzland zu fördern durch gemeinsamen Einsatz und gemeinsame Erkenntnis der Schwierigkeiten.

Die Regionalpolitik auf beiden Seiten der Grenze ist aufeinander abgestimmt. Die Politiker haben Nutzen gezogen aus den Möglichkeiten der europäischen Regionalpolitik, nicht nur jeder für sich, aber auch, wenn notwendig in Gemeinschaft. Die gesündere Lebensqualität, die das Grenzland bietet, hat Menschen aus den Kraftzentren, den Metropolen, angezogen. Darüber hinaus hat man neue Arbeitsplätze schaffen können, die die noch immer existierende strukturelle Schwäche der Region vermindert hat.“

Bodo Richter fährt fort: „Die Volksgruppen haben ihre friedliche Koexistenz auf beiden Seiten der Grenze fortgesetzt und weiter entwickelt. Man hat größeres Verständnis füreinander, weil die sprachliche Barriere nach und nach überwunden wurde.“

Die dritte Identität oder Minderheiten und ihr Verhältnis zum Muttervolk

Das erwachende Nationalbewußtsein zu Beginn des 19. Jahrhunderts und die darauffolgenden kriegerischen Ereignisse mit ihren grenzverschiebenden Folgen haben in vielen Gegenden Europas nationale Minderheiten entstehen lassen. Die Entwicklung dieser Minoritäten ist geprägt durch die der eigenen Region, wesentlich aber auch durch die Bindung an das Muttervolk jenseits der entstandenen Grenze.

Ich möchte die Problematik des Verhältnisses von Minderheiten zu ihrem Muttervolk am Beispiel der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig exemplarisch darzustellen versuchen.

1920 fiel der nördliche Teil Schlesiws durch eine Volksabstimmung an Dänemark. Die Modalitäten dieser Abstimmung wurden von den Deutschen im Lande als ungerecht empfunden, weil diese die Dänen in den verschiedenen Zonen bevorzugten. Dieser Umstand und das Beibehaltenwollen der eigenen nationalen Identität führten zur Entstehung einer deutschen Minderheit, deren Politik zunächst fast ausschließlich auf eine Revision der Grenze abzielte.

In der Folgezeit baute man ein eigenes kulturelles System auf mit eigenen Schulen (Volksschule - Gymnasium), einer Volkshochschule, eigenen Vereinen und Verbänden vielfältigster Art. Zur Durchsetzung politischer Forderungen gründete man die Schleswigsche Partei, welche in den folgenden Jahren in Amts- und Kommunalvertretungen sowie im Folketing in Kopenhagen vertreten war.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß man dänischerseits nach 1920 zunächst eine recht liberale Minderheitenpolitik betrieb, die der deutschen Volksgruppe verhältnismäßig gute Entwicklungsmöglichkeiten einräumte.

Fast unbemerkt und lange Jahre völlig ignoriert — manche haben es bis heute nicht wahrgenommen — vollzog sich eine eigene Entwicklung der Minderheit. Diese war zunächst bestimmt von einer starken Isolierung gegenüber allem Dänischen und einem zunehmend übersteigerten Für-gut-halten all dessen, was jenseits der Grenze vor sich ging. Gleichzeitig wurde der Landesteil nicht im erhofften Maße vom dänischen Staat wirtschaftlich gefördert. Wirtschaft und Landwirtschaft hatten ihre Absatzmärkte im Süden verloren und im Norden nichts Gleichwertiges gefunden. Unzufriedenheit machte sich breit auch unter vielen, die 1920 für den Anschluß an Dänemark votiert hatten. Als es dann südlich der Grenze mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten allem Anschein nach wirtschaftlich aufwärts ging, während hierzulande der Abwärtstrend anhielt, verstärkte sich die

positive Beurteilung alles Deutschen zusehends. Trotzdem ist schon in dieser Zeit der Einfluß dänischer Kultur und Mentalität unverkennbar. Dieser ergab sich durch alltäglichen Kontakt mit dänischer Administration und Gesetzgebung und dänischen Nachbarn und durch den Umstand, daß die Umgangssprache auch vieler Deutschgesinnter „Sønderjydske“ oder Plattdänisch war. Dieser Dialekt verband deutsche und dänische Nordschleswiger vielfach mehr als z. B. dänischgesinnte Nordschleswiger und Kopenhagener. Dennoch fühlte man sich als Däne oder als Deutscher, nicht als dänischer oder deutscher Nordschleswiger. Die oben erwähnte positive Beurteilung alles Deutschen, der Wunsch nach Wiederanbindung an das Deutsche Reich und die wirtschaftliche Misere Dänemarks bewirkten, daß die Volksgruppe für viele Ideen des Nationalsozialismus weit schneller zu begeistern war als manche Bevölkerungsgruppen im Reich. Diese Feststellung gilt, soweit ich es übersehe, allerdings für alle deutschen Minderheiten außerhalb des Deutschen Reiches. Es wäre nun ein leichtes zu sagen, alle deutschen Minderheiten seien nationalistisch gewesen und hätten sich sofort mit Mann und Maus dem Nationalsozialismus angeschlossen. Diese These findet man sehr häufig, nicht zuletzt auch in der dänischen Geschichtsschreibung über die deutsche Minderheit. Berücksichtigt man Quellen, soweit diese zugänglich sind (das dänische Archivrecht ist im internationalen Vergleich sehr restriktiv), so kann einem dieser Verdacht auch sehr leicht kommen. Beschäftigt man sich allerdings mit Motivationsforschung, wird man sehr schnell zu einem differenzierteren Urteil kommen.

Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Ich will und werde geschehenes Unrecht nicht beschönigen oder entschuldigen. Ich möchte aber versuchen zu beschreiben, weshalb sich die deutsche Volksgruppe so und nur so entwickeln konnte.

Der Grenzkampf hatte die Bevölkerung in Nordschleswig eindeutig in zwei nationale Lager geteilt. Es gab nur ein Entweder-oder, Schwarz oder Weiß, Grautöne waren nicht gefragt. So traute keine Seite der anderen; und wenn man auf dänischer Seite auf englische Berichte über KZ's und ihre Greuel hinwies, so war dies alliierte Kriegspropaganda, der man keinen Glauben schenken konnte, genausowenig glaubten die Dänen der deutschen Propaganda. Der Wille, dem deutschen Muttervolk in schwerer Zeit beizustehen, Abenteuerlust, aber auch immenser Außendruck sowohl von deutscher als auch von dänischer Seite führten dazu, daß sich über 2100 junge deutsche Nordschleswiger freiwillig zum Kriegsdienst meldeten, und zwar im guten Glauben, damit nicht gegen dänisches Recht zu verstoßen. Die meisten dienten bei der Waffen- SS, a) weil Ausländer sich nicht zur Wehrmacht melden konnten (bis 1943), b) weil diese, der Propaganda folgend, eine Eliteeinheit sei, die viele der Wehrmacht vorzogen. 748 Freiwillige fielen, der Rest kehrte desillusioniert zurück. Überhaupt ist zu

sagen, daß viele Nordschleswiger, die im „Reich“ wohnhaft wurden, innerhalb kurzer Zeit manche Vorstellung, insbesondere bezüglich der Errungenschaften des Nationalsozialismus revidierten.

Mein Vater beispielsweise hat während seiner Studentenzeit in Kopenhagen (er studierte Theologie), wie ich seinem Tagebuch entnehme, unter der permanenten Deutschenhetze so gelitten, daß er sich manchmal wünschte, die Deutschen würden es „diesen Brüdern“ einmal zeigen. Als er einige Monate später unter großen Schwierigkeiten einen Studienplatz in Tübingen bekam, schloß er sich der Studentengemeinde der Bekennenden Kirche an. Als man ihn 1943 zwingen wollte, in die Waffen-SS einzurücken, beschaffte er sich eine zurückdatierte Freiwilligenmeldung zur Luftwaffe.

Ein Halbbruder meiner Großmutter, Prof. Jens Jessen aus Stoltelund bei Tingleff, gehörte ursprünglich zu den Anhängern des Nationalsozialismus, entwickelte sich aber bereits kurz nach der Machtergreifung zu einem der entschiedensten Gegner des Systems. Er war einer der Väter des Attentats vom 20. Juli 1944 und wurde dafür in Plötzensee hingerichtet.

Es gäbe andere Beispiele zu berichten. Ich will mich auf diese zwei aus meiner eigenen Familie beschränken.

Die dänischen Massenmedien und die dänische Geschichtsschreibung haben solche Vorgänge bisher größtenteils geflissentlich verschwiegen oder unterschlagen, weil sie nicht in das Bild passen, das man sich dänischerseits von den Deutschen im allgemeinen und den Minderheitenangehörigen im besonderen gemacht hat, insbesondere die Zeit von 1933 bis 1945 betreffend.

Ob es nach der mit dem Kriegsende verbundenen nationalen Depression überhaupt eine nennenswerte deutsche Volksgruppe gegeben hätte ohne die gravierende Repression, die von dänischer Seite auf die Minderheitenangehörigen ausgeübt wurde, wage ich zumindest in Zweifel zu ziehen.

Mehr als 3 000 wanderten hinter „schwedische Gardinen“ ins Internierungslager Fårhus, und zwar auf Grund von Gesetzen mit rückwirkender Kraft, weil man die meisten nach bestehenden Gesetzen nicht hätte verurteilen können. Damit schuf man eine verschworene isolierte Gemeinschaft, die trotz großer Enttäuschung den Kontakt zum Muttervolk nun erst recht suchte. Dennoch hatte sich etwas verändert. Bereits 1943 hatten Angehörige einer dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstehenden Gruppe (der Hadersiebener Kreis) eine Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen König und dem dänischen Staat abgegeben, in der die geltende Grenze anerkannt, jedoch eigene kulturelle Freizügigkeit gefordert wurde. Diese Erklärung wurde 1945 Grundlage der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger, der neuen Hauptorganisation der deutschen Minderheit.

Damit definierte sich das Verhältnis zum Muttervolk plötzlich anders. Nicht mehr

„heim ins Reich“, sondern eigene deutsche Identität im dänischen Staat. Juristisch bestätigt wurde diese Stellung in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, in denen die Rechte der beiden Minderheiten nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze festgestellt sind.

Mit zunehmender Liberalisierung in Dänemark wuchs auch die Distanz vieler Volksgruppenangehöriger zum Muttervolk. Die Frage, welches deutsche Volk dieses denn sei, hat nie zur Debatte gestanden. Lage und politisches System schafften eindeutige Verhältnisse. Zur Debatte stand aber das Verhältnis zur eigenen nationalen Identität. Diese wurde in der nachwachsenden Generation in der Bundesrepublik Deutschland weitestgehend verleugnet, Deutsche in Dänemark vielfach als Anachronismus angesehen (insbesondere von der politischen Linken). Die Unterstützung aus der Bundesrepublik erfolgte im wesentlichen über das Land Schleswig-Holstein, die Bundesregierung und über Grenzverbände, die — von Ausnahmen abgesehen — Städte, Kreise und Institutionen als Mitglieder hatten. Der persönliche Kontakt wurde schwächer. Nicht zuletzt deswegen fühlen sich viele junge deutsche Nordschleswiger als „Nordschleswiger“ oder bestenfalls als „deutsche Nordschleswiger“. Für sie ist Deutschland ihre kulturelle Heimat, ebenso aber auch Dänemark. Ihre Bindung gehört der kulturellen zweiströmigen Vielfalt des Grenzlandes, nicht aber primär dem Muttervolk. Bezüglich der Mentalität und der regionalen Heimat hat eine Bindung an den Raum Nordschleswig schon bestanden.

Die Situation der dänischen Minderheit in Südschleswig war von Anfang an eine andere. Sie hat nicht mit der Belastung durch den NS-Staat leben müssen, wenn ihre Arbeit auch während der NS-Zeit teilweise eingeschränkt und unmöglich gemacht wurde.

Es gibt keinen Dänen, der Dänen in Deutschland für anachronistisch halten würde, und die gesellschaftliche Polarisierung in der Bundesrepublik tut das Ihrige, eine Identifikation mit dem Dänentum zu erleichtern. Gleichzeitig sind die unterstützenden Organisationen in Dänemark weitestgehend Mitgliederorganisationen, der persönliche Kontakt wesentlich besser.

Dennoch glaube ich, feststellen zu können, daß auch in Südschleswig ein Prozeß eingangekommen ist, durch den sich schon heute bei den jungen dänischen Südschleswigern eine eigene Identität entwickelt, ebenfalls weg vom „Heim ins Reich“ und hin zur eigenen dänischsüdschleswigschen Identität.

Ich möchte dieses Referat schließen mit einigen Thesen, die vielleicht zur Diskussion anregen können.

- Nationale Minderheiten können sich bei unterschiedlichen Systemen im Muttervolk und Heimland nicht ohne Identitätsverlust anders entwickeln als das Mutterland.
- Nationale Minderheiten entwickeln im Laufe der Zeit eine eigene Identität, die

sich nicht nach den Gesetzmäßigkeiten des Muttervolkes richtet, und werden dadurch möglicherweise langfristig ethnische Minderheiten.

- Aus dieser dritten Identität ergibt sich die Notwendigkeit einer Gratwanderung zwischen der Identität des Mutterlandes und der des Heimatlandes, ein Weg zwischen Integration und Abgrenzung. (In Nordschleswig oft mit Brückenfunktion beschrieben.)
- Ohne Bindung an ein Muttervolk sind nationale Minderheiten auf Dauer nicht überlebensfähig. Daher wäre auch ein ausschließlicher Rückzug auf die dritte Identität gleichbedeutend damit, zwischen die Systeme oder — bildlich gesprochen — zwischen die Mühlsteine zu geraten.

Walter Suck 70 Jahre

Am 21. September wurde Walter Suck, seit einigen Jahren Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes, 70 Jahre alt. Er ist in Flensburg aufgewachsen, hat hier die alte OR I besucht und nach Jahren als Berufssoldat und nach dem Kriegsdienst eine neue berufliche Existenz bei den Flensburger Stadtwerken gefunden. Später wurde er Vorsitzender des Kreisverbandes der ÖTV und auch hauptamtlicher Geschäftsführer dieser Gewerkschaft. Außerdem war er einige Jahre lang Kreis Vorsitzender der SPD in Flensburg und viele Jahre als Ratsherr bzw. Stadtrat Mitglied der Ratsversammlung. Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter hat er sieben Jahre lang den Flensburger Wahlkreis in Bonn vertreten. Im Zusammenhang mit seinem energischen und geduldigen Einsatz für die Interessen unserer Region hat er auch dem Minderheitenkontaktausschuß angehört.

Wir freuen uns über seine Mitarbeit im Grenzfriedensbund und wünschen ihm zu seinem Geburtstag viel Glück und manches weitere Lebensjahr bei guter Gesundheit und Lebensfreude.

Artur Thomsen

*

Heinz Adler 70 Jahre

Am 31. Oktober vollendete Heinz Adler sein 70. Lebensjahr. Der gebürtige Breslauer war nach dem Zweiten Weltkrieg in Oldenburg i. H. als Rechtsanwalt tätig, gehörte dem Kreistag an und war als SPD-Abgeordneter jahrzehntelang Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages. 1963 kam er als Oberbürgermeister nach Flensburg. Hier leitete er fast 15 Jahre lang als Chef der Verwaltung die Geschicke der Stadt. Er entwickelte zahlreiche Initiativen für die moderne Entwicklung Flensburgs und erwarb sich durch seine frische und lebenswürdige Art viele Verehrer und Freunde. Das Theater- und Musikleben der Stadt hatte in ihm einen besonders tatkräftigen und sachkundigen Förderer. Seit seinem Eintritt in den Ruhestand vor fünf Jahren ist Heinz Adler Vorsitzender der Flensburger Kulturgesellschaft. Ebenfalls seit vielen Jahren und bis heute gehört er dem Vorstand des Grenzfriedensbundes an und ist hier ein wichtiger Ratgeber für die Arbeit der Organisation. Wir wünschen ihm herzlich Glück und alles Gute für weitere fröhliche Lebensjahre.

Artur Thomsen

*

Harboe Kardel verstorben

Fast 89 Jahre alt, ist am 6. November der unermüdlich schreibende Journalist und Schriftsteller Dr. Harboe Kardel verstorben. Nach Kinder- und Schuljahren in Tondern, nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Studienjahren in Kiel, die er mit Promotion und Staatsexamen abschloß, entfaltete er seine journalistische Tätigkeit schon in den 20er Jahren nach der Abstimmung und neuen Grenzziehung. Mehrfach war er auch für Jahre als Lehrer am Gymnasien in Schleswig-Holstein tätig, so in Schleswig, in Kiel-Wellingdorf, später in Rendsburg und Flensburg. 1933-1945 war er Chefredakteur der „Nordschleswigschen Zeitung“. So blieb ihm auch das Fährhus-Lager nicht erspart, obwohl er den Nazis eigentlich „zu unpolitisch“ war. Seit 1957 lebte er in einem überaus aktiven „Ruhestand“. Er schrieb zahlreiche Bücher und zahllose Artikel. Das Geschehen im Grenzland begleitete er mit stets wachem Interesse, mit Sachverstand und Einfühlungsvermögen. Er war ein deutscher Nordschleswiger, dem an einem guten Einvernehmen mit den dänischen Nachbarn gelegen war. Darin war er uns allen ein Vorbild.

Artur Thomsen

*

Fahrbüchereien – seit 20 Jahren im Dienst am Leser

„Fahrbücherei – so wichtig wie die Versorgung mit Wasser und Strom“ – meint eine eifrige Leserin über die Wichtigkeit dieser Einrichtung der rollenden Literaturversorgung. Dies ist sicherlich auch die Meinung von Tausenden von Lesern in den Landgemeinden Schleswig-Holsteins, die zu regelmäßigen Benutzern der mobilen Büchereiform geworden sind.

Am 18. September 1962 wurde die „Fahrbücherei 1“ für den Bereich Flensburg-Land vom damaligen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel in Rüllschau ihrer Bestimmung übergeben.

Dies war die erste von hauptamtlichem Fachpersonal geleitete Fahrbücherei in einem ländlichen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem europäischen Festland überhaupt, wenn man von den Belieferungen per Kleinwagen in der Regel für die ehemalige kleine Dorfbücherei des betreuenden „Schulmeisters“ oder punktueller Versorgung ausgewählter Minderheiten einmal absieht. (Schon 1926/27 starteten solche „Literatur-Minis“ mit 1200 Bänden von Worms und Saarbrücken aus und brachten der Bevölkerung deutschsprachige

Literatur vors Haus).

Die Idee einer modernen, sich aus einem eigenen großen Buchbestand versorgenden Fahrbücherei mit einer Freihandaufstellung zur selbständigen Auswahl des Lesers, mit einem Angebot der Beratung durch einen Fachmann bzw. eine „Fachfrau“ – brachte Bibliotheksdirektor Dr. Volker Weimar von einer Studienreise aus Großbritannien mit.

Das ehemalige Wagnis der ersten Einrichtung im ehemaligen Kreis Flensburg-Land, aus einmaligen Landesmitteln als Modell finanziert und durch Verträge mit dem Kreis, dem Land und den angeschlossenen Gemeinden hinsichtlich der laufenden Kosten abgesichert, hat sich bis heute gelohnt: Es gehören nunmehr 14 ländliche Fahrbüchereien in 500 Gemeinden Schleswig-Holsteins zum selbstverständlichen Bild, ebenso wie der Bäcker, der Kaufmann oder die Sparkasse auf Rädern. Der landesweite Erfolg der rollenden Kultureinrichtungen bestätigt immer wieder entgegen der Meinung vieler Skeptiker, vor allem in noch abseitsstehenden Gemeinden, daß es richtig war und heute noch immer richtig ist, die Bücher zum Leser zu bringen!

Über 1 Million Entleihungen wurden 1981 in allen ländlichen Bücherbussen vom Bilderbuch über den Roman bis zum Sachbuch gezählt. Leistung spricht sich herum: durch die Einbindung in das schleswig-holsteinische Büchereinetz kann im Leihverkehr aus anderen Büchereien nahezu jedes gewünschte Buch für den Leser besorgt werden, auch aus wissenschaftlichen Bibliotheken.

Die heutige „Fahrbücherei 1“, die den Nordwestteil des Kreises Schleswig-Flensburg betreut, ist seit 1976 mit einem modernen Bücherbus und einem Buchangebot von rund 3 500 Bänden und 30 Zeitschriftentiteln pünktlich nach einem genauen Fahrplan viermal wöchentlich zu ihren Haltepunkten unterwegs. Bibliothekar Klaus D. Niedersee und der Fahrer/Verwaltungsangestellter Baldur Binder haben alle Hände voll zu tun: 81203 Bände gaben sie 1981 an Büchern, Zeitschriften und Spielen an ihre Leser aus, die oft für die ganze Familie Literatur mitnehmen. Zum Vergleich: Das „Pionierfahrzeug“ lieh im ersten Ausleihjahr erst 46 780 Bände aus. Das war aber schon das Dreifache an Literatur, das die kleinen Dorfbüchereien im gleichen Gebiet dort vorher ausgeliehen hatten, also eine gewaltige Quantitäts- und Qualitätssteigerung!

Im Stützpunkt des Bücherbusses bei der Büchereizentrale in Flensburg sorgt die Büchereiverwaltungsangestellte Frau Edeltraut Koschnitzke für Ordnung bei den zurückgegebenen Büchern, den Vorbestellungen, dem Leihverkehr. Außerdem füllt sie täglich die großen Lücken im Regal des Fahrzeugs aus dem umfangreichen Magazinbestand wieder auf, die an jedem Fahrtag durch die gute und steigende Nachfrage entstehen.

Insgesamt haben die 14 ländlichen Fahrbüchereien in 20 Jahren Ausleihdienst – seit ihrem Bestehen – 8 890 258 Bände ausgegeben, das ergäbe einen

Bücherstapel von 180 000 Meter Höhe oder einen aneinandergelegten Bücherbandwurm von 180 km Länge. Von Flensburg aus reicht diese gedachte Strecke auf der Autobahn bis in die Nordheide über das Hörster Dreieck hinaus. Doch Kultur läßt sich nicht in Höhe und Breite messen; sie für alle gerade auf dem Lande bereitzustellen und zu erhalten, ist besonders in finanziell schlechten Zeiten notwendig. Noch fehlt 385 000 Menschen im ländlichen Bereich Schleswig-Holsteins diese für sie einfache und nutzbringende Möglichkeit der Weiterbildung, der guten Unterhaltung und der Information, denn es fehlt das Geld für den weiteren Ausbau. Doch darf die Fahrbücherei auf Dauer nicht den Bürgern in diesen Landgemeinden vorenthalten bleiben.

Wie sagte ein Leser bei einem Reimwettbewerb so schön:

„Ein Jeder heut sich bilden muß.

Denn jung und alt braucht Wissen;

Dazu verhilft der Bücherbus,

Sonst mußt Du viel vermissen.“

Deutscher Grenzverein e. V.

*

Grenzverein bleibt mit deutscher Volksgruppe im Gesprächskontakt

Der Deutsche Grenzverein e. V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die rund 22.000 Menschen umfassende deutsche Volksgruppe in Nordschleswig auf ihrem Weg einer besseren Profilierung zukunftsweisend zu unterstützen. Diese ideale Hilfestellung wurde in einem Gespräch deutlich, das die Mitglieder des Grenzvereins in den Räumen der Nachschule Tingleff mit führenden Vertretern der Minderheit führten. Das Ergebnis des regen zweistündigen Gedankenaustauschs wird nach den Worten des Vorsitzenden des Grenzvereins, Minister a. D. Dr. Hartwig Schlegelberger, zunächst von der „Nordschleswig-Sektion“ beraten. Die Anregungen der Tingleffer Tagung fließen in ein Seminar ein, das der Deutsche Grenzverein gemeinsam mit den deutschen Nordschleswigern über deren Zukunft veranstalten wird. In einem Jahr – so Dr. Schlegelberger – will die Mitgliederversammlung des Grenzvereins dann gemeinsam mit den deutschen Nordschleswigern erneut ein ausführliches Gespräch über eventuell inzwischen eingetretene neue Möglichkeiten und Impulse sprechen.

Das Diskussionsgespräch in Tingleff knüpfte an die Jahresversammlung des Deutschen Grenzvereins Anfang Juni an, wo das Thema Zukunft der Volksgruppe bereits einen breiten Raum eingenommen hatte. Einführend lagen der Versammlung Rahmenthesen vor, die von Dr. Schlegelberger erarbeitet worden waren. Darin unterstreicht der Vorsitzende des Grenzvereins zum Gesichtspunkt

der „Loyalität“, daß die Minderheit mit ihrer kulturellen und politischen Arbeit „nicht einem Staat im Staat dient, sondern ihr Wirken im Beruf, in Kultur und Politik ein gewollter verantwortungsbewußter Beitrag zur geistigen und materiellen Fortentwicklung Dänemarks ist“. Es müsse – so Dr. Schlegelberger – immer wieder herausgestellt werden, daß die deutsche Volksgruppe ein integraler Bestandteil der Bevölkerung im dänischen Landesteil Nordschleswig ist. Der Vorsitzende appellierte in seinen Thesen an die deutschen Nordschleswiger, „die deutsche Sprache und Lebensart zu pflegen und zu praktizieren“, geschichtlich gewachsene Unterschiede zwischen deutscher und dänischer Lebensart offenzulegen, „sie nicht zu werten, sondern zu erklären, um Mißverständnisse zu beseitigen“. Schließlich sollte die Volksgruppe „durch die Chance des Gespräches“ als Repräsentant deutscher Kultur in Skandinavien, „legitimiert durch vertrauensschaffendes, loyales Verhalten gegenüber Dänemark, „dazu beitragen, ein objektives Deutschlandbild zu vermitteln“. Wir müssen durch dieses Verhalten das Vertrauen ausstrahlen, daß die Zeiten offener und verdeckter Diskriminierung der Vergangenheit angehören“, betonte Dr. Schlegelberger ferner in seiner Grundsatzaussage.

Der Generalsekretär des Bundes deutscher Nordschleswiger, Peter Iver Johannsen, unterstrich die Notwendigkeit, „verstärkt zugkräftige Personen für die öffentliche ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen“. Wenn es um die Verwirklichung kulturpolitischer Grundideen der Volksgruppe gehe, dürften die Mitarbeiter der Volksgruppeneinrichtungen ihren Beruf nicht nur als Job, sondern in ihm auch Berufung und Engagement sehen. Auch auf Basisebene sei vieles zu verbessern, Hier nannte Johannsen „mehr Gesprächskontakte“, wie den Aufbau kulturpolitischer Betreuungszirkel. „Wir sollten uns auch nicht scheuen, unser Kulturangebot allgemein anzubieten“.

Siegfried Matlok, Chefredakteur der Zeitung „Der Nordschleswiger“, sagte zu den Möglichkeiten der „Schleswigschen Partei“ der Volksgruppe, daß diese „verstärkt auf zwei Beinen in der Öffentlichkeit auftreten“ sollte: Als Partei der deutschen Minderheit einerseits, aber stärker als bisher als nordschleswigsche Regionalpartei. Es sei zu überlegen – so Matlok – ob dies nicht auch „namentlich dokumentiert werden sollte“, indem der Begriff „Schleswigsche Partei“ („Slesvigsk Parti“) durch etwas Vergleichbares, wie z. B. „Nordschleswigsche Heimatpartei“, ersetzt werden sollte. Matlok : „Wir müssen uns in der politischen Arbeit auch in der dänischen Öffentlichkeit stärker profilieren“.

Deutscher Grenzverein e. V.

*

30 Jahre Akademie Sankelmark – Würdigende Worte

Würdigende Worte fanden Festredner für die Akademie Sankelmark des Deutschen Grenzvereins und ihre Mitarbeiter, als die Akademie mit etwas Verspätung – das Gründungsdatum ist der 29. Juni 1952 – ihren 30. Geburtstag feierte. Vor rund 150 geladenen Gästen sprach Landtagsvizepräsident Dr. Egon Schübeler (CDU) den Dank des Landtags und damit stellvertretend für die gesamte Bevölkerung für die in Sankelmark geleistete Arbeit der politischen Bildung aus. Dr. Schübeler erinnerte an den früheren Landrat des Kreises Flensburg und späteren Ministerpräsidenten Friedrich-Wilhelm Lübke als Initiator der Akademiegründung. kommen.“ Er schuf Sankelmark, um hier diese Gedanken den Menschen näherzubringen“, sagte Dr. Schübeler. Gleichzeitig mit der Besinnung „auf die guten Seiten deutscher Tradition, Geschichte und Kultur“ sei auch die Vermittlung der Demokratie und ihrer Werte sowie das Bemühen um gute Nachbarschaft mit allen europäischen Nationen die Aufgabe der Akademie gewesen und sei es weiterhin. Auch die „beabsichtigte Stärkung“ der deutschen Minderheit in Nordschleswig, also die Bewahrung ihrer Sprache und Kultur, habe bei diesen Bemühungen niemals aggressive Züge getragen, bescheinigte Dr. Schübeler der Akademiearbeit. Die Leiter und Mitarbeiter hätten sich zu jeder Zeit dem Postulat verpflichtet gefühlt, das bei der Gründung aufgestellt wurde: „Möge immer der Geist der Wahrheit und der politischen Lauterkeit in diesem Hause walten und das Werk dadurch gerechtfertigt werden“.

Als Vertreter der Landesregierung und der Staatskanzlei sprach Ministerialdirigent Dr. Reinhold Janus die Glückwünsche aus. Die Akademie am Sankelmarker See sei „zu einem Begriff geworden in der politischen Bildung“. Die Landesregierung sei besonders dankbar dafür, daß die Akademie seit rund vier Jahren mit den Themen der Tagungen und Seminare einen deutlichen Schwerpunkt im regionalen Bereich setzt.

Der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins, Dr. Hartwig Schlegelberger, dankte den früheren Leitern und Mitarbeitern sowie dem jetzigen Direktor, Joachim Oertel, und dessen Mitarbeitern für die geleistete Tätigkeit. „Im Leben einer Akademie sind 30 Jahre eine ungeheure geistige Spanne“, meinte Dr. Schlegelberger, der an die Gründungsjahre erinnerte. „Wir waren damals bei aller Freude über die neue Aufgabe im Deutschen Grenzverein aber auch skeptisch, ob die Akademie in bewußter Anlehnung an das antike Vorbild einer Akademia hellenikae ein Ort des Gesprächs und der menschlichen Begegnung werden würde, ein Angebot an die Menschen dieses Landes, ihnen aus der politischen und geistigen, der tatsächlichen und gedanklichen Grenzbeengung herauszuhelfen“. Um dieses Ziel sei ehrlich gerungen worden, „und wir können uns einer großen Anerkennung im In- und Ausland erfreuen“, sagte der Grenzvereinsvorsitzende.

In den drei Jahrzehnten ihres Bestehens haben fast 130 000 Menschen die Akademie Sankelmark besucht. Die Teilnehmer der Tagungen und Seminare

kamen dabei aus dem gesamten deutsch-sprachigen und skandinavischen Raum, wobei Schleswig-Holstein und das südliche Dänemark den Schwerpunkt bilden. Heute sind rund 10 bis 15 % der 6 000 Akademiegäste im Jahr Ausländer, vor allem aus Dänemark.

Deutscher Grenzverein e.V.

*

2,5 Mill. DM für dänische Volksgruppe

Für Aktivitäten der dänischen Volksgruppe leisteten Kreise und Gemeinden im Landesteil Schleswig 1981 Betriebskostenzuschüsse von insgesamt DM 2 542 000,-. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung um DM 454 500,- zu verzeichnen. Dies geht aus einer Mitteilung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) vor.

Für die Erweiterung seines Jugendfreizeitheimes in Harrislee bei Flensburg, den Bau einer Sporthalle in Schleswig und den Ausbau eines Jugendhofs in Tarp (Kreis Schleswig-Flensburg) konnte der dänische Jugendverband (SdU) gleichzeitig Baukostenzuschüsse von insgesamt DM 171 300,- verbuchen.

Südschleswigscher Pressedienst, Flensburg

*

Dänische Jugendinternatsschule nimmt Schulbetrieb auf

Die neue dänische Jugendinternatsschule für den Landesteil Schleswig in Ladelund (Kreis Nordfriesland) hat am Montag, dem 9. August 1982, ihren Schulbetrieb aufgenommen. Das Bauvorhaben konnte termingerecht mit Ende der Sommerferien abgeschlossen werden. Die gärtnerische Gestaltung des Geländes steht noch aus. Dies teilte der Dänische Schulverein für Südschleswig mit.

Mit 60 Schülern im Alter zwischen 14 und 18 Jahren ist die Schule voll belegt.

Unter der Leitung des Schulvorstehers Jørgen Petersen werden insgesamt 10 Lehrkräfte an der Schule unterrichten. Ermöglicht wurde das Bauvorhaben durch ein großzügiges Geschenk aus dem Fond des verstorbenen dänischen Reeders A. P. Møller in Höhe von 5 Mill DM. Die Betriebskosten werden vom dänischen Staat sowie aus Zuschüssen des Landes Schleswig-Holstein abgedeckt.

Die Notwendigkeit einer dänischen Jugendinternatsschule für den Landesteil Schleswig ergab sich aus der Tatsache, daß Hauptschüler, die ohne einen qualifizierten Abschluß die Schule verlassen, heute so gut wie keine Chance haben, eine Lehrstelle zu finden. Die Schule wird Schülern, die es im ersten Anlauf nicht geschafft haben, die Chance geben, den Hauptschulabschluß nachzuholen.

Gleichzeitig wird sie Hauptschulabsolventen zusätzlich das Angebot eines zehnten Schuljahres bieten, das sie auf freiwilliger Basis durchlaufen können. Zehnte Hauptschulklassen mit berufsbezogenem Unterricht hat der Dänische Schulverein bereits an Schulen in Flensburg und Schleswig eingerichtet.

Südschleswigscher Pressedienst, Flensburg